[illegible]

Schlesische Arbeiter-Zeitung

[illegible]

Aus der Landarbeiter- und Kleinbauernbewegung

Nr. 6. 2. Jahrg. | Agrar-Beilage. | 18. März 1922

Landarbeiter, steht bereit!

Täglich steigt die Sonne höher. Die Saatzeit beginnt! Die Felder harren Eurer Arbeit! Jetzt seid Ihr unentbehrlich! Darin liegt Eure gewaltige Kraft, um endlich Eure Ausbeuter zu zwingen, Euch menschenwürdige Löhne, menschenwürdige Wohnungen, menschenwürdige Behandlung zukommen zu lassen.

Unklar, düster liegt die Zukunft vor Euch, Ihr wißt nicht, werden die jetzt gepflegten Verhandlungen über neue Tarife der Teuerung Euch entsprechende Arbeitseinkommen bringen? Eure bangen Zweifel werden vermehrt dadurch, daß sämtliche bisher gepflogenen Verhandlungen Eure Lebenslage nicht besserten, Euch mehr und mehr der Verelendung preisgaben.

Stark ist Euer Gegner, straff organisiert in seinem Landbund! Ferner stehen ihm zur Verfügung reaktionäre Behörden, Polizei, Richter. Aber Ihr seid stärker, wenn Ihr einig, geschlossen einzutreten gewillt seid für Eure Interessen!

Es handelt sich heute nicht nur um Abwehr gegen die zunehmende Ausbeutung durch die Gutsbesitzer, es handelt sich heute auch darum, abzuwehren den unerhörten Steuerraub auf die Taschen des arbeitenden Volkes. Diese Abwehr kann und wird Euch gelingen gemeinsam mit den Industriearbeitern, wenn Ihr diese Momente ausnützt, in denen Ihr wirtschaftlich am unentbehrlichsten und daher am machtvollsten seid!

Eure Gegner, die Gutsbesitzer, sind sich dessen wohl bewußt. Sie reichen Euch Zuckerbrote in Form von guten Worten, vaterländischen Phrasen, von ödem Geschwätz über „gemeinsame Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.“

Gleichzeitig sind sich aber diese Herrschaften bewußt, daß diese Zuckerbrote keine anhaltende Wirkung haben können, sie sind sich bewußt, daß ihre Interessen der Landarbeiter wie Feuer und Wasser zueinander stehen.

Neben dem Zuckerbrot halten sie deshalb die Peitsche bereit, d. h., sie fordern von der Regierung, daß sie mit allen Machtmitteln vorgeht, falls es Euch Landarbeitern gelüsten sollte, den Kampf aufzunehmen. Um dieser Peitsche willen lüften sie das vaterländische Mäntelchen, das sie sich umhängen unter der Parole „Steigerung der Produktion, damit Deutschland unabhängig werde vom Auslandsmarkt.“

Ihr Alle, Landarbeiter und Landarbeiterinnen, kennt den großen Tamtam um das sogenannte „Hilfswerk der Landwirtschaft.“ Gerade in diesem Hilfswerk-Programm, das die Großagrarier ausgearbeitet haben, sagen sie „wir werden die Produktion nur dann steigern, wenn der Staat uns die Peitsche in Form von Sipo, in Form von Technischer Nothilfe und der Justiz gegen die Landarbeiter zur Verfügung stellt!“ Die Gutsbesitzer nennen das „Schutz vor Produktionsstörungen“.

Landarbeiter! Landarbeiterinnen! Ihr seht, Eure Ausbeuter, sie kennen nur ihr Vaterland, das ist ihr Geldsack, ihre Interessen! Rücksichtslos dienen sie diesem Vaterland.

Landarbeiter, Landarbeiterinnen!

Auf einen harten Pflock gehört ein harter Keil!

Ebenso rücksichtslos müßt Ihr eintreten für Eure, Eurer Frauen und Eurer Kinder Interessen, für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes!

Darum nützt diese Zeit, in der Ihr unentbehrlich, in der Ihr stark seid in der Wirtschaft! Sorgt dafür, daß dem Willen der Gutsbesitzer Euer Wille in voller Einmütigkeit aller Landarbeiter entgegengestellt wird! Ein inniges Band gemeinsamer Interessen verbindet Euch zu gemeinsamem Kampf, zu gemeinsamem Sieg!

Sipo und Technische Nothilfe gegen streikende Landarbeiter.

Mit diesem Schrei wendet sich der „Schlesische Landbund“ an das Reichsministerium des Innern. In einem Schreiben an das Reichsministerium stellt der „Schlesische Landbund“ fest, daß „Anzeichen“ vorhanden seien, für einen Landarbeiterstreik während der diesjährigen Frühjahrsbestellung. Ein Streik der Landarbeiter sei ein „Verbrechen an den eigenen Volksgenossen“. Es heißt dann weiter:

„Die schlesische Landwirtschaft ist bereit, alles zu tun, um die Streikgefahr abzuwenden. Sollte der Streik aber trotzdem ausbrechen, so können hierfür lediglich politische Gründe maßgebend sein (die schlesischen Landarbeiter leben anscheinend wirtschaftlich im Paradies? D. Red.) Es ist unseres Erachtens Pflicht der Regierung, schon jetzt Vorbereitungen zu treffen, um mit allen zu Gebote stehenden Mitteln eine Katastrophe abzuwenden. Wir bitten daher im Interesse der Sicherstellung der Volksernährung erg.:

a) die landwirtschaftlichen Betriebe durchweg als lebenswichtig zu erklären;
b) die Bestellungsarbeiten als unaufschiebbare Notstandsarbeiten anzuerkennen.
c) die Technische Nothilfe bei Ausbruch eines Landarbeiterstreiks sofort einzusetzen und
d) den Schutz der Arbeitswilligen durch Schutzpolizei oder Militär ausüben zu lassen. Sollte die Polizei zu einem tatkräftigen Schutz nicht ausreichen, und die Reichswehr aus irgend welchen Gründen nicht eingesetzt werden können, so bitten wir auf Grund der Verfügung des Herrn Reichsministers des Innern vom 4. Februar 1921 — II C 300/2 Absatz 9 — die Einwohner zum Schutze der Nothilfe aufrufen zu wollen.

In den Rgierungsbezirken Breslau und Liegnitz sind 2159 landwirtschaftliche Betriebe vorhanden.

Mit Rücksicht darauf, daß bei dem augenblicklichen Wetter die Bestellungsarbeiten schon in den nächsten Monaten beginnen können, bitten wir, die Angelegenheit beschleunigen zu wollen und erlauben uns, einem baldgefl. Bescheide entgegenzusehen.“

Die großagrarischen Landbündler sind nicht unbescheiden. Sie fordern neben Schutzpolizei oder Militär das Recht zur Bildung von eigenen Schutzgarden gegen die Landarbeiter, ferner fordern sie rechtliche Hanhaben, um gegen die Landarbeiter gerichtlich vorgehen zu können. Die Abwehr dieses Anschlages ist nicht nur Aufgabe des Landproletariats, sondern

...der Sicherung der Revolution?

Von Ernst Meyer (Berlin).

...nschewistische Presse aller Schattierungen stellt ...gegen die sozialrevolutionären Attentäter als einen ... Bolschewiki gegenüber anderen Arbeiterparteien ... hauptet weiter, die kommunistischen Parteien in ... n Ländern hätten kein Recht, die Amnestierung ... revolutionärer Arbeiter zu fordern, wenn die ... in Rußland als Inhaber der Staatsmacht selbst ... der Arbeiterparteien ins Gefängnis werfen. In ... ürfen stecken Irrtümer und Verdrehungen, die ... n, daß ihre Urheber und Verbreiter nicht das ... ständnis für die Revolution besitzen und selbst ... volutionären Lager angehören.

...Luxemburg hat im Spartakusprogramm betont ... mmunisten den Menschenmord hassen und verab... ...er sie fügte sogleich hinzu, daß das Bürgertum ... ein des Terrors die Arbeiterschaft immer wieder ... daß deshalb dem Klassenfeinde gegenüber ge... ...n müsse: den Daumen aufs Auge und die Knie ... st! Die Bourgeoisie gibt den Widerstand gegen ... chaft nicht eher auf und verzichtet nicht eher auf ... h, sich entrissene Machtpositionen wiederzuerobern ... jedes Mittel dazu für immer genommen worden ... Marx hat daher schon 1848 nach dem Fall Wiens ... rn über die Brutalitäten der Konterrevolution ... klaren Erkenntnis des zähen Widerstandes der ... gefordert, daß dem konterrevolutionären Terror ... t werden müsse der revolutionäre Terror der ... Wo Marx und Engels von der Revolution ... Bürgerkriege sprechen, verlangen sie entschiedenes ... sives Handeln. Einen der größten Fehler der ... mmune 1871 sahen sie in dem unentschiedenen ... Auftreten der Pariser Communards; den Schlächt... ...s Thiers und Gallifet hätte nach ihrem Urteil ... volutionäres Vorgehen begegnet werden müssen ... ussischen Kommunisten haben es büßen müssen ... nächst diese begründeten Anweisungen Marx' un... ...gen. Genosse Sinowjew hat auf dem Hallenser ... darauf hingewiesen, daß die Bolschewiki selbst die ... n Generale ungeschoren ließen, was nur als ... der Sowjets ausgelegt wurde und jene Generale ... volutionären Abenteuern ermutigte. Die Sicherung ... ution erforderte Maßnahmen, die man anfangs ... hatte. Durch immer häufiger werdende Atten... ...s gegen den deutschen Gesandten Mirbach, ver... Gegenrevolutionäre die ganze Bevölkerung Ruß... ...ut in den Krieg und die Bolschewiki aus der ... stürzen, durch Attentate gegen Uritzki, Wolodarski ... sollten die verhaßten Gegner der Gegenrevolution ... Rachegefühlen geopfert werden. Diese Attentate ... ie Bolschewiki zu schärferen Abwehrmaßnahmen ... rotestierten die Menschewiki, Mittel- und zweite ... ht gegen den Terror der — Sozialrevolutionäre ... all diesen Attentaten standen. Denn damals ... nur — Kommunisten gemordet, richtete der H... gegen die Sowjets, gegen die Revolution!

...russischen Kommunisten blieben ohne moralische ... nterstützung, als man ihre Führer mordete. Ihre ... er erregen das Mitleid der Noske-Partei, die un... Arbeitermorde im eigenen Lande gedeckt hat, daß ... r Unabhängigen, die nicht genug über die März... r“ der KPD. schimpfen konnten. Die Menschew... e Schattierungen ergreifen Partei nur für konter... ...ire Mörder.

...t einzelne Organe der SPD. es schließlich so dar... ...rieben, als handele es sich beim Prozeß gegen die ... lutionäre um einen Racheakt, so dienen sie auch ... der Lüge. Die Bourgeoisie, die gegen Revolutio... ...sie, hat allerdings stets nach dem Siege die grau... ...he „Justiz“ geübt. Berlin, München, Rheinlande ... Hettstädt — das sind nur ein paar aus der ... nzahl von Orten, deren Pflaster gerötet ist vom dem Blut erschossener Parlamentäre, erschlagener Arbeiter, ermordeter Gefangener. Die Bourgeoisie tötet den Feind auch wenn er nicht mehr gefährlich ist. Die Arbeiterschaft schlägt nur die Gegner, die unmittelbar die Revolution ge... ...fährden. Nicht Haß und Rache, sondern Sicherung der Revolution diktiert die Handlungen der revolutionären Arbeiterschaft. Und diese berechtigte Abwehr wird auch den Verräter treffen, der einst in den Reihen der Arbeiterschaft, jetzt im Solde der Bourgeoisie konterrevolutionär handelt.

Die Unterschiede verwischen die Menschewiki aller Länder absichtlich. So behauptet der russische Menschewik Dan, daß ein Mitglied der russischen Arbeiteroppositio...

Die Polizei erklärt, daß sie Selbstmord begangen haben. (!) Eine wüste Kommunistenhetze hat in Südafrika eingesetzt. Die Regierung erklärt formell, daß der letzte Aufstand „das Werk von Bolschewiki, internationalen Sozialisten und Kommunisten“ gewesen sei. Diese Meinung des Generals Smuts ist einfach lächerlich. Denn der Aufstand der südafrikanischen weißen Arbeiteraristokratie, der sich ebenso sehr gegen die Massen des Negerproletariats wie gegen die Kapitalisten richtete, war wahrlich keine kommunistische Aktion. Unsere Genossen in Südafrika vertreten unbedingt den Gedanken der Einheitsfront des schwarzen und weißen Proletariats. Nur diese Einheitsfront ist es, vor der die Kapitalisten proletarischen Einheitsfront in Südafrika verbauen.

Aber die Ausschlachtung der südafrikanischen Ereignisse geht noch weiter. Im englischen Unterhaus fragte der reaktionäre Abgeordnete Newman, ob Lloyd George immer noch bei der Absicht bleiben wolle, mit Vertretern der Sowjetregierung in einer Konferenz zusammenzukommen, wo es sich herausgestellt habe, daß die russische Regierung mit dem Ausbruch des Bürgerkrieges in Johannesburg in Verbindung stand! Minister Chamberlain erwiderte, daß er noch keinen offiziellen Beweis für die Richtigkeit dieser Anschuldigung besitze.

[illegible]

...fassung. Durch das sofortige Eingreifen des
...[illegible] noch vor dem Schiedsgericht.
...erregte sämtliche Arbeiter und Beamte der
...ste B. als einen Kollegen kannten, der sich
...Rechte seiner Arbeitskollegen einsetze. Die
des DOB. rief zum 15. März eine Versam...
dazu Stellung nehmen sollte. Vor allen Di...
Empörung zum Ausdruck gebracht, daß di...
des DOB. Breslau auf einen am 13. Mä...
Brief betreffs Stellungnahme zur Entlassun...
antwortet. Kollege B. wurde von der V...
auftragt, sich sofort mit Bezirksleiter Förste...
verständigen, damit Förster am 17. März hi...
die nötigen Schritte zu veranlassen. För...
telefonisch Kollegen B. ablehnenden Beiche...
gründung, seine Entlassung gehe ihn nicht...
wurde am 17. März wieder von der Ortsverw...
stein Stellung genommen. Sämtliche Funktio...
Absicht, ihre Aemter niederzulegen und die ...
einzusenden. Kollege B. warnte aber vo...
Schritten mit der Begründung, daß er de...
Ortsgruppe gewesen sei und nicht den F...
Man müsse auf andere Weise der Leitung in...
Karte sehen. Darauf wurde folgender bind...
gefaßt:

Die Ortsverwaltung Frankenstein prote...
Verhalten des Bezirksleiters Förster-Breslau...
Aemter nieder und sperrt die Beitragszahlun...
scheidung. Sie beauftragt die gewählte Kom...
den Kollegen Josef Hampe und Alfred Baud...
den 26. März d. J., nach Frankenstein eine...
Konferenz einzuberufen, zu der sämtliche ...
gruppen des DEB., sowie ein Mitglied vom...
und die Bezirksleitungen einzuladen sind. ...
beginnt in Riedels Brauerei, Bräuhausstra...
10 Uhr.

In dieser Konferenz wird über das Ve...
zirksleiters Förster-Breslau und die Entlassun...
Alois Blaschke entschieden.

Kollegen und Genossen, das Warnungssi...
Merkt ihr nicht, daß der Schutz der Organisa...
bricht? Warum? Weil diese Bonzen mit Stin...
der 26. März wird entscheiden über das ...
mehrerer Ortsgruppen.

Zahlstellenversammlung in Rot...

Am 19. März fand hier eine schlecht besu...
versammlung des Verbandes der Deutschen B...
in der Bezirksleiter Hoffmann einen Vortrag üb...
rätegesetz hielt. Die Wirkung des lehrreichen Vo...

[illegible]

[illegible] Das geeinte Proletariat muß mit aller Kraft dem entgegentreten, daß einer Arbeiterkategorie nach der anderen das Koalitionsrecht genommen wird. Unverzüglich müssen neben den Arbeiterparteien die Gewerkschaften, die DDB. [illegible] vorbereiten!

Achtung, Bauernfang!

Organisierung der „Technischen Nothilfe" auf dem Lande.

Die Technische Nothilfe soll auch auf dem Lande ausgebaut werden. Wie uns aus Schlesien berichtet wird, bedient man sich dort eines besonderen Tricks.

Es wird unter den Landarbeitern für eine Organisation geworben, in der kein Beitrag gezahlt werden braucht. Jeder, der sich aufnehmen läßt, hatte nur ganz harmlos klingende Verpflichtungen zu unterschreiben, wie z. B. „bei Wasser- und Feuersgefahr Hilfe zu leisten". — Führer dieser Organisationen sind die Herren Gutsbesitzer.

Durch solche Zusammenfassung der Landarbeiter wird versucht, unter dem Einfluß der Junker und Großgrundbesitzer eine Streikbrecherorganisation heranzubilden. Die Landarbeiter werden nach unserer Ueberzeugung nicht den Herrschaften auf den Leim kriechen. Denn „Hilfe bei Wasser- und Feuersgefahr" wurde von ihnen bisher ohnedies geleistet. Die Streikbrecherdienste werden die Landarbeiter den Baroninnen und Rittergutsbesitzerinnen überlassen, die sich auf dem Landbundtag in Halle korporativ der Technischen Nothilfe angeschlossen haben. Die Frau Gutsbesitzerin beim Mistfahren oder bei dem Melkeimer im Kuhstall wird für die Landarbeiter in ernsten Konflikten immerhin ein erheiternder Moment sein.

Forstarbeiter, klagt nicht!

In der „Mecklenburgischen Volkszeitung" veröffentlicht die dortige Gauleitung des Deutschen Landarbeiter-Verbandes an ihre Mitglieder ein Schreiben folgenden Wortlauts:

„Tagtäglich laufen bei uns Briefe ein, in denen geklagt wird, daß die Forstarbeiter mit ihrem Lohn nicht mehr auskommen. Es wird auf die Brotteuerung hingewiesen, die sich dahin auswirken wird, die Lebenshaltung im übrigen ebenfalls zu verteuern. In Anbetracht dessen haben wir uns mit dem Ministerium Schwerin, wie auch mit dem Ministerium in Neustrelitz im Auftrage der Forstarbeiter in Mecklenburg-Schwerin im Lande Stargard und im Lande Ratzeburg in Verbindung gesetzt und Verhandlungen beantragt. Die Forstarbeiter können also das hohe Porto sparen, die Briefe haben weiter keinen Zweck, als daß wir sie beantworten [illegible] mit dem, was oben steht. Nachdem Verhandlungen stattgefunden haben, werden wir die Forstarbeiter über den Ausgang derselben in Kenntnis setzen."

Eine schlechtere Arbeit als in diesen Zeilen zum Ausdruck kommt, kann man sich von Gewerkschaftsführern schwerlich denken. Arbeiter, die ihre Not klagen, werden verwiesen auf evtl. kommende Verhandlungen. Nicht für notwendig halten es die Gewerkschaftsführer, gemeinsam mit den Forstarbeitern die notwendigen Forderungen zu besprechen und aufzustellen und gleichzeitig die nötigen Schritte einzuleiten, um die in dieser Weise aufgestellten Forderungen, wenn nötig, zu erzwingen! Diese Herren Gewerkschaftsführer halten es sogar nicht einmal für notwendig, die von ihnen selbst aufgestellten Forderungen den Forstarbeitern zu unterbreiten, sie beschränken sich lediglich darauf, den Forstarbeitern das Endergebnis der Verhandlungen mitzuteilen. Es ist endlich an der Zeit, daß einer derartigen jedes gewerkschaftlichen Lebens hohnsprechenden Einstellung ein Ende gemacht wird!

Der neue Tarifvertrag für Forstarbeiter.

Im preußischen Landwirtschaftsministerium fanden mit dem DLV. Verhandlungen über Teuerungszulagen statt. Nachstehende Vereinbarungen wurden getroffen und haben schon vom 1. März 1922 Gültigkeit.

Vom 1. März 1922 fallen die Teuerungszulagen fort.

Von diesem Zeitpunkt erhalten Stundenlohn:

	in Lohngruppe I.	II.	III.	IV.	V.
1. Vollarbeitsfähige Arbeiter über 18 J., den Grundlohn, und zwar	8,—	7,75	7,50	7,25	7,—
2. Vollarbeitsfähige Arbeiter von 16 bis 18 Jahren:	6,—	5,80	5,60	5,40	5,20
3. Vollarbeitsfähige Arbeiter von 15 bis 16 Jahren:	4,—	3,90	3,80	3,70	3,60
4. Vollarbeitsfähige Arbeiter unter 15 Jahren:	2,80	2,60	2,40	2,20	2,—
5. Vollarbeitsfähige Arbeiterinnen über 18 Jahre:	4,20	3,90	3,70	3,50	3,30
6. Vollarbeitsfähige Arbeiterinnen von 16 bis 18 Jahren:	2,80	2,60	2,40	2,20	2,—
7. Vollarbeitsfähige Arbeiterinnen unter 16 Jahren:	2,10	1,90	1,80	1,70	1,60

II. Bei Neuverakkordierungen nach dem 1. März d. J. sind die zu vereinbarenden Akkordlöhne die in vorstehender Ziffer I aufgeführten Sätze zugrunde zu legen. Insoweit Akkordarbeiten vor dem 1. März d. J. in Angriff genommen und vereinbart sind, gelten die bisher vereinbarten Sätze, jedoch

Drei Ochsen.

Ein Märchen von Oculi.

Ein Bauer hatte drei Ochsen, alle drei stark, geduldig und arbeitsam, wie eben Ochsen sind. Sie schleppten den Pflug durch den schweren Ackerboden, sie zogen die hochbeladenen Erntewagen in die Scheune, sie trotteten unzählige Male rund um am Göpel der Dreschmaschine.

Dafür gab ihnen der Bauer mit dem Peitschenstiel Schläge die Menge und einmal am Tage etwas Heu und Stroh, gerade genug, daß sie am Leben blieben.

„Die faulen Tiere," sagte der Bauer, wenn sie sich müde und schwach von der Arbeit hinlegten und dem süßen Geschäft des Wiederkäuens huldigten. „Diese Zeit haben sie mir gestohlen."

Und der Bauer sann nach, wie er ihnen das Wiederkäuen und vielleicht das Fressen abgewöhnen könnte.

Eines Morgens standen die drei Ochsen auf dem Felde. Es war ein herrlicher Frühlingstag und sie sollten gerade des Bauern schönsten Acker pflügen.

Der Knecht hinter dem Pflug pfiff ein fröhliches Lied, und die Lerche trillerte in blauer Luft. Vom Walde drüben winkten die grünbeschleierten Birken und verneigten sich so anmutig, als wären sie lauter schlanke, weißgekleidete Festjungfrauen.

Unseren drei Ochsen wurde es ganz sonderbar warm und weit ums Herz.

Und plötzlich machte der vorderste einen Luftsprung!

Die beiden anderen standen verdutzt. Dann machten auch sie Luftsprünge.

Und heidi! waren plötzlich alle drei Ochsen im schönsten Rindergalopp.

Der Knecht schrie, fluchte und rannte hinterher. Aber schließlich ward es ihm zu dumm, er legte sich an den Wegrand, kaute an einem Grashalm und pfiff durch die Zähne.

Da kam der Bauer!

Er machte ein fürchterliches Geschrei.

Er holte seine Nachbarn, Gevattern und Basen. Mit Heugabeln, mit Dreschflegeln, mit Flinten und Säbeln rückte das ganze Dorf aus, um die drei widerspenstigen Ochsen zu fangen. Der Herr Pfarrer erklärte, der Satan müsse in sie gefahren sein, wie weiland in die Säue am See Genezareth. Der Herr Schullehrer dozierte etwas von unerlaubter Neugier, der Landarzt dekretierte: Rausch und Dilirium tremens, der Dorfbüttel nahm eine Prise Schnupftabak und schwor die Ochsen allesamt ins Arrest zu bringen.

Indessen waren die drei Ochsen in einen Kleeacker geraten, der ganz lustig grünte, und wo sie sich gütlich taten.

Für sie war die ganze Welt jetzt ein einziges Freudental, wie es vorher ein Jammertal gewesen.

Was kümmerten sie die Bauern, die mit Geschrei heranzogen? Sie waren gerne bereit, ihren Kleeacker mit ihnen zu teilen.

Satte Ochsen kennen keinen Groll, keine Rache gegen ihre Herren! Im Gegenteil! Der Bauer schien ihnen gar nicht mehr so übel, hatte er doch ihnen den warmen Stall gegeben, nachts über ihren Köpfen.

Und wie freundlich er jetzt tat! Mit honigsüßen Worten lockte er sie vom Rande des Ackers aus.

„Meine guten, treuen Oechslein!" sprach der Bauer, „kehrt doch zurück zu eurem sorgenden Pflegevater. Ich habe einen so schönen, warmen Stall zu Haus. Und eine Scheune voll herrlich duftenden Heus. Was wollt ihr diesen Kleeacker zerstampfen? Wißt ihr nicht, daß frischer Klee Blähungen hervorruft? Ach meine lieben Ochsen, wie weh täte es mir euch schlachten zu müssen, falls euch vom Klee der Magen allzusehr gebläht würde."

Welcher Ochse hätte so freundlichen Worten widerstehen können? Natürlich kamen die Ochsen einer nach dem andern heraus, beugten ihren starken Nacken dem Joche des Bauern und trotteten sanft nach Haus.

Kaum waren sie jedoch im Stalle festgebunden, wandelte sich jäh die Miene des Bauern. Drohend schaute er auf seine Ochsen, dann langte er die Peitsche von der Wand.

„Ihr verfluchten Rindviecher!" schrie er, drehte die Peitsche um und bearbeitete Rücken und Flanken der Tiere mit aller Kraft, bis er müde wurde und sie bluteten.

Die Ochsen schlugen aus, stießen hierhin und dorthin, brüllten vor Schmerz. Was half's? Die eisernen Ketten

Schauspielhaus
Operettenbühne. Tel. R. 2542
Donnerstag 7½ Uhr:
Wenn Liebe erwacht.
Sonntag nachm. 3½ Uhr:
Die Faschingsfee.

Zahle für alle
Altmetalle
höchsten Preis.
Otto, Kohlenstraße 3.

Halte mich bei Bedarf
von
Kolonial- und Rauchwaren
sowie Gemüse
bestens empfohlen.
Fritz Stiller,
Waldenburg,
Schoelstraße.

Sowjetsterne
Preis 6 Mk.
sind wieder eingetroffen
Produktivgenossenschaft
Abt. Buchhandlung.

Achtung! [illegible]
kauft man neue und gebrauchte MÖBEL sowie ganze Einrichtungen am billigsten und vorteilhaftesten?
bei H. Klinge
[illegible] 12, [illegible]

Gelegenheitskauf
Nur wenige Exemplare vorhanden.
Der kommunistische Almanach
kart., 331 Seiten, mit vielen Bildern und Porträts,
statt 45.— Mark nur 18.— Mark.
Protokoll des III. Kongresses der Kommunistisch. Internationale
kart., 1086 Seiten,
statt 90.— Mark nur 30.— Mark.
Zu beziehen durch die
Produktiv-Genossenschaft
für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H.,
Breslau, Nikolaistraße 29/30.

B [illegible]
des Kommunismus
in Halbleinen gebd., 376 Seiten 18,— Mk.
Frölich: Das Verbrechen an den Eisenbahnern . 3,— Mk.
Stinnes oder die Arbeiter? Wer soll zahlen? Wer soll siegen? . . . . 2,— Mk.
Der Steuerbote nimmt Dein Brot . . 1,50 Mk.
Zu beziehen:
Produktivgenossenschaft, Abt. Buchhandlung.

Achtung! Kursusteilnehmer.
Die Literatur für den Kursus ist soeben eingetroffen und kann umgehend bezogen werden! Wir empfehlen:
Das kommunistische Manifest . . . Preis 2.50 M.
Radek, Die Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Tat . . . . . Preis 1.— M.
Rosa Luxemburg, Sozialreform oder Revolution . . . Preis 3.— M.
L. Trotzki, Die neue Etappe (Die Weltlage und unsere Aufgaben) . . . . . . Preis 3.75 M.

R. B. Dittersbach. Sonntag, den 26. März, nachmittags [illegible] Uhr: [illegible] Friedenshoffnung. [illegible]

[illegible] Sonntag, den 26. März, vorm. [illegible] Uhr, im „[illegible]" [illegible]

[illegible] Sonntag, den 26. März, [illegible] Uhr [illegible]

[illegible] Sonntag, den 26. März, vorm. 9½ Uhr [illegible]

[illegible] Jahrgang. Nr. [illegible]

Schlesische Arbeiter-Zeitung

[illegible]

[illegible]

mit der Maßgabe, daß [illegible] vom 1. März d. J. [illegible]

III. Für jedes unterhaltungsberechtigte Kind bis zum vollendeten 14. Lebensjahre wird vom 1. März 1922 an ein Kinderzuschlag von 1 M. pro Arbeitsstunde gewährt. [illegible] Enkel- und Pflegekinder. [illegible] Kinderzuschlag nur einmal gewährt werden.

IV. Im linksrheinischen Gebiet wird der Stundenlohn vom 1. März um 10 Prozent höher als der entsprechende in Ziffer I festgesetzte Stundenlohn bemessen, unter Abrundung auf volle 10 Pfennig nach oben. Der nach Ziffer II zu gewährende Zuschlag zum Akkordlohn beträgt im linksrheinischen Gebiet 20 Prozent.

Es braucht kaum betont zu werden, daß angesichts der schweren Arbeit der Forstarbeiter diese Löhne nicht im entferntesten den heutigen Verhältnissen entsprechen. Der DLV. wird sich schon dazu bequemen müssen, im Interesse der Forstarbeiter, sofort neue Lohnerhöhung zu beantragen, und zwar gleichzeitig mit dem Ziel, den enormen Unterschied in der Bezahlung zwischen männlichen und weiblichen Arbeitskräften zu beseitigen.

Schiedsspruch über Lohnerhöhung der Mecklenburger Landarbeiter.

Das am 3. März d. J. tagende Schiedsgericht, das Stellung nahm zu den Lohnforderungen der Landarbeiter Mecklenburg-Schwerins, kam zu folgendem Schiedsspruch:

1. Bargrundlohn für den verheirateten Freiarbeiter wird auf 4,70 und für die Ernte auf 5,35 M. pro Stunde festgesetzt. Außerdem erhält er 20 Quadratruten Kartoffelland frei; desgleichen 20 Quadratruten saatfertiges Ackerland vom 1. März bis 1. November.
2. Unverheiratete Freiarbeiter:
   a) die beim Arbeitgeber nicht in Kost und Unterkunft stehenden unverheirateten Freiarbeiter erhalten einen Stundenlohn von 4,20 M., in der Ernte von 4,85 M.;
   b) die in Kost und Unterkunft stehenden unverheirateten Freiarbeiter erhalten 3,40 M. pro Arbeitsstunde bezw. 4,05 M.
3. Jahreslöhner: sämtliche Jahreslöhner erhalten eine Barzulage von 20 Prozent auf ihren Barverdienst. (Der Barlohn betrug bisher 1,30 M., somit jetzt 1,56 M.)
4. [illegible]
5. [illegible]
6. [illegible] Verhandlungen [illegible] bei ihnen keine wesentlichen Veränderungen in den wirtschaftlichen Verhältnissen eingetreten seien.

Sämtliche Lohnbestimmungen treten vom 1. März 1922 an in Kraft.

Angenommen wurden diese einzelnen Punkte jeweils von den Vertretern der Arbeitgeber mit der Stimme des Vorsitzenden. Die Arbeitnehmer lehnten [illegible] ab.

Die hier [illegible] Frechheit der Arbeitgeber, die erklären, daß bei den Deputatempfängern keine wesentlichen Veränderungen der wirtschaftlichen Verhältnisse eingetreten seien, die den Mut haben, angesichts der enormen Teuerung, angesichts des Steuerraubs der Regierung, den Landarbeitern eine so lächerlich geringe Lohnerhöhung anzubieten, ist geradezu herausfordernd. Die Landarbeiter können daraus ersehen, was es mit dem Wirtschaftsfrieden und der Arbeitsgemeinschaft auf sich hat; sie können daraus ersehen, daß ihnen die Gutsbesitzer freiwillig nichts geben, daß sie kämpfen müssen um Erhaltung ihrer Existenz.

Die mecklenburgischen Landarbeiter sind gewillt, den ihnen zugeworfenen Fehdehandschuh aufzunehmen, für ihre Rechte zu kämpfen!

Der Landbund — droht!

Der Vorsitzende des Brandenburgischen Landbundes hat an den Reichskanzler, den Reichsernährungsminister, den Preußischen Landwirtschaftsminister ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt:

„Unwidersprochen berichtete die Presse, daß von seiten der Reichsregierung für 1922 ein neues Umlagegesetz für Brotgetreide vorbereitet wird. Selbst von einer Kartoffel-Umlage wird gesprochen.

Der Vertretertag des Brandenburgischen Landbundes hat mich beauftragt, die zuständigen Ministerien eindringlich davor zu warnen und zu erklären, daß die organisierte Landwirtschaft Brandenburgs jedenfalls entschlossen ist, jeden Zwang in der Bewirtschaftung ihrer Produkte im Jahre 1922 unter allen Umständen abzulehnen."

Wir erinnern daran, daß der Brandenburgische Landbund vor kurzer Zeit Richtlinien zur Organisierung eines Lieferungsstreiks herausgegeben hat. Seine Entschlossenheit hängt wohl damit zusammen.

---

hielten gut, und der Stall war so eng, daß sie höchstens einander selbst weh taten.

Da senkten die drei Ochsen ihre Hörner und ergaben sich in ihr Schicksal.

*

Jahre vergingen. Immer wenn der Frühling kam, juckte es die Ochsen im Blut. Insgeheim, wenn es der Bauer nicht sah, wagten sie auch einen Luftsprung. Aber ja nicht zu hoch! Es waren eben drei wohlgezähmte, nützliche Ochsen.

Zudem waren sie nicht mehr einig.

Der Bauer hatte pfiffig Unterschiede gemacht.

Den kleinsten und schwächsten Ochsen nannte er seinen „treuen Diener". Er bekam zwar kein besseres Futter als die anderen, aber immerhin ein silbergeschmücktes Joch und den ersten Platz im Stall. Auch durfte er ganz vorn gehen, wenn alle drei am Pfluge schwitzten.

„Ich habe dich auf Lebenszeit angestellt," sagte der Bauer zu diesem Ochsen, „und wenn du deine Pflicht tust, so werde ich dich nie schlachten, sondern füttern bis an dein seliges Ende." Und er zog ihm täglich etwas vom Futter ab.

„Für dein sorgenfreies Alter," sagte der Bauer zum verblüfft dreinschauenden Ochsen.

Den zweiten Ochsen nannte der Bauer seinen „tüchtigen Gehilfen". — „Ich werde es dir sechs Wochen vorher sagen, ehe ich dich verkaufe oder schlachte," gelobte er, gab ihm den zweiten Platz und befreite ihn vom Ziehen des schmutzigen Mistwagens. Der Ochse litt zwar Hunger und Durst, wurde auch öfters geschlagen, hielt sich aber doch für etwas Besseres.

„Bist du ein schmutziger, plumper Geselle," sagte er zum dritten Ochsen, der hinten im Stall und im Dunkeln stand.

Der dritte Ochse wurde einfach „der Knecht" genannt. Der Bauer hielt es nicht für nötig, ihn zu reinigen, ihm frische Ähren und klares Wasser zu reichen. „Der ist gar nichts wert," sagte er, „jeden Tag kann ich solche Ochsen die Menge kaufen. Von heute auf morgen werde ich ihn schlachten, wenn es mir so paßt."

In Wirklichkeit war dieser Ochse der stärkste und arbeitsamste von allen Dreien. Er war aber auch der einzige, vor dem der Bauer einige Angst hatte. Hatte er doch den ersten Luftsprung getan an jenem heiteren Frühlingsmorgen! Wiederum, wenn er zu sehr geschlagen wurde, ging er mit den Hörnern auf seinen Herrn los.

So standen denn die drei Ochsen im Stall und zankten sich täglich, wer wohl der beste sei.

Auch auf dem Acker suchte jeder es dem andern zuvor zu tun. Der Bauer lachte sich ins Fäustchen. Er brauchte den „treuen Diener" nur mit der Peitsche zu kitzeln, so stieß er den „tüchtigen Gehilfen" und der gab den Stoß verdoppelt weiter an den „Knecht".

So schien alles zum besten geordnet. Nur der „Knecht" brüllte manchmal vor Zorn und sehnsüchtiger Erinnerung an jenen Tag im Frühling. Umsonst! Die beiden andern verlachten ihn und hielten's mit dem Bauern.

Da kam endlich ein schlechtes Jahr. Es hatte lange nicht geregnet. Gras wie Korn waren schlecht geraten. Der Bauer geriet in Schulden.

Es half nichts, daß er dem „Knecht" die Ration kürzte. Umkommenlassen konnte er ihn nicht, denn er tat ja die schwerste Arbeit. Also kürzte der Bauer auch den anderen Ochsen die Ration. Ja, zuweilen gab er ihnen noch weniger als dem „Knecht".

Die beiden „besseren" Ochsen ließen sich's eine Weile gefallen, denn für einen guten Herren muß man auch Opfer bringen; versteht sich. Allein auf die Dauer ging das nicht. Der Magen knurrte, und schließlich sagte der „tüchtige Gehilfe": „Auch ich bin eigentlich nur ein Ochse, ich halte es mit dem „Knecht". Und er forderte mehr zu essen.

Der „treue Diener" zögerte noch ein Weilchen. Dann trat auch er vor den Bauern und sagte: „Ich bin ebenfalls nur ein Ochse, gib mir zu essen."

Da wurde der Bauer sehr zornig. „Ist das Euer Dank für meine Güte?" rief er. „Bin ich es nicht gewesen, der Euch aus dem Mist erhoben hat? Gab ich dir nicht ein silbergeschmücktes Joch, du untreuer Diener? Hab ich dich nicht vom Mistfahren befreit, du schlechter Gehilfe?"

„Wir haben Hunger!" brüllten die Ochsen selbdritt.

Das klang so schauerlich, daß der Bauer erschrak. Die Ochsen senkten die Hörner, da lief der Bauer davon.

[illegible] oder Sicherung der Revolution?

Von Ernst Meyer (Berlin).

[illegible] menschewistische Presse aller Schattierungen stellt
gegen die Sozialrevolutionären Attentäter als einen
der Bolschewiki gegenüber anderen Arbeiterparteien
behauptet weiter, die kommunistischen Parteien in
den Ländern hätten kein Recht, die Amnestierung
revolutionärer Arbeiter zu fordern, wenn die
[...]en in Rußland als Inhaber der Staatsmacht selbst
der Arbeiterparteien ins Gefängnis werfen. In
[...]würfen stecken Irrtümer und Verdrehungen, die
[...]sen, daß ihre Urheber und Verbreiter nicht das
[...]erständnis für die Revolution besitzen und selbst
revolutionären Lager angehören.
Luxemburg hat im Spartakusprogramm betont,
[K]ommunisten den Menschenmord hassen und verab[scheuen].
Aber sie fügte sogleich hinzu, daß das Bürgertum
[M]itteln des Terrors die Arbeiterschaft immer wieder
[u]nd daß deshalb dem Klassenfeinde gegenüber ge[hand]elt
[wer]den müsse: den Daumen aufs Auge und die Knie
[auf die B]rust! Die Bourgeoisie gibt den Widerstand gegen
[...]schaft nicht eher auf und verzichtet nicht eher auf
[...]ch, sich entrissene Machtpositionen wiederzuerobern,
[...] jedes Mittel dazu für immer genommen worden
Marx hat daher schon 1848 nach dem Fall Wiens
Zorn über die Brutalitäten der Konterrevolution
[...]er klaren Erkenntnis des zähen Widerstandes der
[...] gefordert, daß dem konterrevolutionären Terror
[...]egt werden müsse der revolutionäre Terror der
[...]s. Wo Marx und Engels von der Revolution
Bürgerkriege sprechen, verlangen sie entschiedenes
[...]siver Handeln. Einen der größten Fehler der
[K]ommune 1871 sahen sie in dem unentschiedenen
Auftreten der Pariser Communards; den Schläch[tern]
[d]es Thiers und Gallifet hätte nach ihrem Urteil
revolutionäres Vorgehen begegnet werden müssen.
[...] russischen Kommunisten haben es büßen müssen,
[z]unächst diese begründeten Anweisungen Marx' un[beachtet]
[gel]assen. Genosse Sinowjew hat auf dem Hallenser
darauf hingewiesen, daß die Bolschewiki selbst die
[...]sten Generale ungeschoren ließen, was nur als
der Sowjets ausgelegt wurde und jene Generale
[zu kont]errevolutionären Abenteuern ermutigte. Die Sicherung
[der Revo]lution erforderte Maßnahmen, die man anfangs
[...]t hatte. Durch immer häufiger werdende Atten[tate,]
das gegen den deutschen Gesandten Mirbach, ver[suchten]
[di]e Gegenrevolutionäre die ganze Bevölkerung Ruß[lands]
[ern]eut in den Krieg und die Bolschewiki aus der
[Regierung zu] stürzen, durch Attentate gegen Uritzki, Wolodarski
[...] sollten die verhaßten Gegner der Gegenrevolution
Rachegefühlen geopfert werden. Diese Attentate
die Bolschewiki zu schärferen Abwehrmaßnahmen,
protestierten die Menschewiki, Mittel- und Zwei[...]
[n]icht gegen den Terror der — Sozialrevolutionäre,
[...]r all diesen Attentaten standen. Denn damals
[...] nur — Kommunisten gemordet, richtete der Haß
[...]r gegen die Sowjets, gegen die Revolution!
[...] russischen Kommunisten blieben ohne moralische
Unterstützung, als man ihre Führer mordete. Ihre
[...]ber erregen das Mitleid der Rosle-Partei, die un[...]
Arbeitermorde im eigenen Lande gedeckt hat, das
[d]er Unabhängigen, die nicht genug über die März[...]
[...]er" der KPD. schimpfen konnten. Die Mensche[wiki]
[all]er Schattierungen ergreifen Partei nur für konter[revolution]äre Mörder.
[Wen]n einzelne Organe der SPD. es schließlich so dar[stellen]
beliebten, als handele es sich beim Prozeß gegen die
[Sozialrev]olutionäre um einen Racheakt, so dienen sie auch
der Lüge. Die Bourgeoisie, die gegen Revolutio[nen käm]pfte, hat allerdings stets nach dem Siege die grau[sam]ste „Justiz" geübt. Berlin, München, Rheinland-
[...], Heilstädt — das sind nur ein paar aus der

[illegible] Folter und Spezial [illegible]. Die Polizei erklärt, daß sie Selbstmord begangen haben. (!) Eine wüste Kommunistenhetze hat in Südafrika eingesetzt. Die Regierung erklärt formell, daß der letzte Aufstand „das Werk von Bolschewiki, internationalen Sozialisten und Kommunisten" gewesen sei. Diese Meinung des Generals Smuts ist einfach lächerlich. Denn der Aufstand der südafrikanischen weißen Arbeiteraristokratie, der sich ebenso sehr gegen die Massen des Negerproletariats wie gegen die Kapitalisten richtete, war wahrlich keine kommunistische Aktion. Unsere Genossen in Südafrika vertreten unbedingt den Gedanken der Einheitsfront des schwarzen und weißen Proletariats. Nur diese Einheitsfront ist es, vor der die Kapitalisten [illegible] proletarischen Einheitsfront in Südafrika verbessern.

Aber die Ausschlachtung der südafrikanischen Ereignisse geht noch weiter. Im englischen Unterhaus fragte der [...] Abgeordnete Newman, ob Lloyd George immer noch bei der Absicht bleiben wolle, mit Vertretern der Sowjetregierung in einer Konferenz zusammenzukommen, wo es sich herausgestellt habe, daß die russische Regierung mit dem Ausbruch des Bürgerkrieges in Johannesburg in Verbindung stand! Minister Chamberlain erwiderte, daß er noch keinen offiziellen Beweis für die Richtigkeit dieser Anschuldigung besitze.

großen Anzahl von Orten, deren Pflaster gerötet ist vom Blut erschossener Parlamentäre, erschlagener Arbeiter, ermordeter Gefangener. Die Bourgeoisie tötet den Feind, auch wenn er nicht mehr gefährlich ist. Die Arbeiterschaft schlägt nur die Gegner, die unmittelbar die Revolution gefährden. Nicht Haß und Rache, sondern Sicherung der Revolution diktiert die Handlungen der revolutionären Arbeiterschaft. Und diese berechtigte Abwehr wird auch den Verräter treffen, der einst in den Reihen der Arbeiterschaft, jetzt im Solde der Bourgeoisie konterrevolutionär handelt.

Die Unterschiede verwischen die Menschewiki aller Länder absichtlich. So behauptet der russische Menschewik Dan, daß ein Mitglied der russischen [illegible]

[illegible]

[illegible] vollwertiger Arbeiter zu gebrauchen sei.
B. von der DDB. am 15. März d. J. [illegible]
lassung. Durch das sofortige Eingreifen des
Sachverhalt noch vor dem Schiedsgericht.
erregte sämtliche Arbeiter und Beamte der
die B. als einen Kollegen kannten, der sich
Rechte seiner Arbeitskollegen einsetze. Die
des DLV. rief zum 15. März eine Versam
dazu Stellung nehmen sollte. Vor allem Di
Empörung zum Ausdruck gebracht, daß di
des DLV. Breslau auf einen am 13. Mä
Brief betreffs Stellungnahme zur Entlassu
antwortet. Kollege B. wurde von der B
auftragt, sich sofort mit Bezirksleiter Förste
verständigen, damit Förster am 17. März hi
die nötigen Schritte zu veranlassen. För
telefonisch Kollegen B. ablehnenden Beschei
gründung, seine Entlassung gehe ihn nicht
wurde am 17. März wieder von der Ortsverw
stein Stellung genommen. Sämtliche Funktio
Absicht, ihre Aemter niederzulegen und die
einzusenden. Kollege B. warnte aber vo
Schritten mit der Begründung, daß er de
Ortsgruppe gewesen sei und nicht den B
Man müsse auf andere Weise der Leitung in
Karte sehen. Darauf wurde folgender bind
gefaßt:

Die Ortsverwaltung Frankenstein prote
Verhalten des Bezirksleiters Förster-Breslau
Aemter nieder und sperrt die Beitragszahlun
scheidung. Sie beauftragt die gewählte Kom
den Kollegen Josef Hamoe und Alfred Baud
den 26. März d. J., nach Frankenstein eine
konferenz einzuberufen, zu der sämtliche
gruppen des DLV., sowie ein Mitglied vom
und die Bezirksleitungen einzuladen sind.
beginnt in Riedels Brauerei, Bräuhausstr
10 Uhr.

In dieser Konferenz wird über das Be
zirksleiters Förster-Breslau und die Entlassu
Alois Blaschke entschieden.

Kollegen und Genossen, das Warnungssi
Merkt ihr nicht, daß der Schutz der Organisa
bricht? Warum? Weil diese Bonzen mit Stin
der 26. März wird entscheiden über das
mehrerer Ortsgruppen.

Zahlstellenversammlung in Rot

Am 19. März fand hier eine schlecht bes
versammlung des Verbandes der Deutschen L
in der Bezirksleiter Hoffmann einen Vortrag üb
rätegesetz hielt. Die Wirkung des lehrreichen V

[illegible]

Auch das arbeitende Volk hat ein Interesse daran, daß die Regierung klipp und klar erklärt, wie sie sich die Bewirtschaftung von Brotgetreide im Erntejahr 1922 denkt.

Wenn in dem Schreiben des Landbundes noch darauf aufmerksam gemacht wird, daß die „in weitem Umfange ungeschickte und ungerecht wirkende Unterverteilung" der Umlage „eine empörende und erbitterte Stimmung in der Bauernschaft" hervorgerufen hat, so stimmen wir dem zu. Wir fordern deshalb, daß die Umlage dahingehend festgesetzt wird, daß die wenig über ihren eigenen Bedarf erzeugenden Kleinbauern von jeder Umlagemenge befreit und dafür die Großgrundbesitzer zur Aufbringung der Umlage herangezogen werden.

„Spaltungs-Strategen".

Auf einer Kreiskonferenz der Landarbeiter des Kreises Schlochau (Westpreußen) versuchte der Gauleiter des Deutschen Landarbeiterverbandes, Koch-Schneidemühl, den Mitgliedern des D. L. V. einen Tarif aufzuschwätzen, den die dortigen Großagrarier aufgestellt hatten. Die Landarbeiter lehnten das mit Entrüstung ab. Der Gauleiter Koch erklärte, wenn sie seine Vorschläge nicht anerkennen wollen, müsse er den Kreis Schlochau aus dem D. L. V. ausschließen! Die Landarbeiter ließen sich aber nicht verblüffen und lehnten den Tarif ab. Nun hat Koch das Wort!

Koalition von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten.

Für Auswucherung des städtischen Proletariats! Für Knebelung des Landproletariats!

Wenn heute die Sozialdemokraten noch nicht offen in der Regierung sich mit den Deutschnationalen koalieren, um die sozialdemokratischen Arbeiter nicht abzustoßen, so koalieren sie sich destomehr mit den Helfferichs hinter den Kulissen. Das sogenannte „Hilfswerk" der Landwirtschaft bringt Deutschnationale und Sozialdemokraten wiederum unter einen Hut.

Um was es sich bei dem vom Reichsausschuß für Landwirtschaft vorgeschlagenen „Hilfswerk" handelt, hat die deutschnationale Fraktion im Preußischen Landtag durch folgenden Antrag erneut zum Ausdruck gebracht:

„In klarer Erkenntnis der Notwendigkeit der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion hat die deutsche Landwirtschaft ihre Absicht bekanntgegeben, den Versuch zu machen, in einem großzügigen Hilfswerk die Volksernährung allmählich vom Auslande unabhängig zu machen, und dadurch der unaufhörlichen und unerträglichen Preissteigerung aller Lebensmittel entgegenzuwirken.

Voraussetzungen hierfür sind besonders:

1. Völlige Beseitigung der Zwangswirtschaft;
2. Rechtzeitige und ausreichende Versorgung mit den notwendigen Produktionsmitteln, insbesondere mit Stickstoffdünger;
3. Gerechte steuerliche Gesetzgebung, welche die unbedingt notwendigen Betriebsmittel beläßt;
4. Arbeitsfrieden auf dem Lande, Ruhe und Ordnung.

Ist das Staatsministerium bereit, seinerseits und durch Einwirkung auf die Reichsregierung diese Voraussetzung zu schaffen und das Hilfswerk planmäßig zu fördern?

„Völlige Beseitigung der Zwangswirtschaft" heißt — **Wucherfreiheit für die Agrarkapitalisten, grenzenlose Ausbeutung des konsumierenden Proletariats!** „Gerechte steuerliche Gesetzgebung, die die unbedingt notwendigen Betriebsmittel beläßt" heißt — **Steuerbefreiung der Großagrarier, keine Sachwerterfassung, was bedingt, Anziehen der Steuerschraube gegenüber dem gesamten arbeitenden Volke!** „Arbeitsfrieden auf dem Lande, Ruhe und Ordnung" heißt — **Streikverbot gegen die Landarbeiter, Niederknüppelung kämpfender Landarbeiter!** Diesen Forderungen, die pompös umkleidet werden mit Aufbauphrasen, stimmt der Sozialdemokrat Georg Schmidt, der vom ADGB. eingesetzte Vorsitzende des deutschen Landarbeiter-Verbandes durch folgende Vereinbarung zu:

„In der Erkenntnis, daß die wirtschaftliche und finanzielle Not des deutschen Volkes durch die Notwendigkeit fortgesetzter starker Lebensmitteleinfuhren wesentlich gesteigert wird, hat der Reichsausschuß der Deutschen Landwirtschaft zu geschlossener und gemeinsamer Produktionsförderung aufgerufen. Aus eigener Kraft und eigenen Mitteln soll die Gesamtheit der deutschen Landwirtschaft das gewaltige Hilfswerk zur Rettung der deutschen Volkswirtschaft leisten und in nachhaltiger Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern die zur Sicherstellung der Volksernährung erforderliche Steigerung der Erzeugnisse herbeiführen. Bei diesem Willen zur Hilfe ist auch die Reichsarbeitsgemeinschaft land- und forstwirtschaftlicher Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände beseelt. Ihren Zielen entspricht es, durch Ausgleich der Berufsinteressen aller in der Landwirtschaft selbständigen Unternehmer und Arbeiter die Gesamtheit der Landarbeit zu befähigen und zu erhalten. Durch Schaffung und Festigung der Vorbedingungen gehobener und gerechter Lohn- und Arbeitsbedingungen wird die Reichsarbeitsgemeinschaft die notwendige Grundlage des Arbeitsfriedens, der Arbeitsfreudigkeit für die Produktionssteigerung geben. Gleich dem Reichsausschuß stellt die Reichsarbeitsgemeinschaft ihre Organisation zur Verfügung und erwartet, daß die Reichsregierung sich besonders auch bei dem Ausbau und des auf freier Vereinbarung fußenden Arbeitsrechtes, bei der Versorgung der Landwirtschaft mit geeigneten Arbeitskräften, bei der sozialen und kulturellen Lebensgestaltung des Landvolkes und der Vermehrung und Stärkung aller landwirtschaftlichen Betriebskräfte wirksam unterstützt und in baldige Beratung über die beschleunigt zu ergreifenden Maßnahmen mit ihr eintritt.

Für die Arbeitgeber: gez. Schurig. Für die Arbeitnehmer: gez. Georg Schmidt."

Das gesamte Proletariat hat die Pflicht, diesem unerhörten Preisgeben der proletarischen Interessen mit aller Energie entgegenzutreten. Vor allem muß die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft vom ADGB. fordern, das Mandat des Georg Schmidt als Vorsitzender des DLV. zurückzuziehen, um endlich dem Willen der Landarbeiter auch in der Leitung ihres Verbandes zum Durchbruch zu helfen. Der Zusammenbruch des Deutschen Landarbeiter-Verbandes kann nicht mehr aufgehalten werden, wenn die Landarbeiter von einer ihnen aufgezwungenen Leitung weiterhin an die Agrarkapitalisten verschachert werden. Die Einheitskampffront des Industrie- und Landproletariats wird dadurch gefährdet.

Es ist endlich an der Zeit, daß die sozialdemokratische Partei und der ADGB. sich unzweideutig zu den Junkerplänen äußert, ferner ist in allen Betrieben der Wille des Proletariats mit elementarer Wucht zum Ausdruck zu bringen. Die Forderungen müssen sein:

Her mit der Kontrolle über die großagrarische Produktion!

Sozialisierung der Düngemittelindustrie!

Heranziehung der Industrie- und Agrarkapitalisten zur Aufbringung der Steuern!

Durchführung der 10 Forderungen des ADGB. insbesondere: Erfassung der Sachwerte!

Gegen die Angriffe der Kapitalisten auf das Koalitionsrecht des Proletariats!

Preiserhöhung für stickstoffhaltige Düngemittel.

Unter den Hyänen des Schlachtfeldes befinden sich auch die Düngemittelindustriellen. In der letzten Zeit schrauben sie von Monat zu Monat die Preise für Düngemittel in die Höhe. Nach Mitteilung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft tritt am 5. März eine neue Preiserhöhung ein. Wir stellen in folgender Tabelle die Preise für ein Kilogrammprozent von vor dem Kriege und die jetzt geltenden Preise gegenüber.

	1914	8. 3. 1921	5. 3. 1922	Steigerung in %
Schwefels. Ammoniak	1,30	25,80	38,20	2838
Salzsaures Ammoniak	1,30	25,80	38,20	2838
Natriumammoniumsulfat	1,30	25,80	38,30	2838
Natronsalpeter	1,33	31,20	46,—	3358
Kalkstickstoff	1,14	23,—	33,90	2873

Die enormen Getreidepreise.

Das „Berliner Tageblatt" bringt über die fortgesetzten täglichen Preissteigerungen für Getreide, die eine ganz enorme Höhe erreichen, folgende Aufstellung. Es wurden gezahlt für den Zentner:

	14. Februar	6. März	Steigerung
Weizen, märk.	452—556	650—660	etwa 200 M.
Roggen, märk.	345——	505—508	etwa 160 M.
Sommergerste	385—390	490—500	etwa 110 M.
Hafer, märk.	325—333	460—468	etwa 135 M.
Weizenmehl	575—625	775—825	etwa 200 M.
Roggenmehl	450—475	575—620	etwa 140 M.

Als Haupterklärung für diese Steigerung wird angegeben die gleichzeitige gewaltige Steigerung der ausländischen Valuten. Das ist natürlich keinesfalls die wesentlichste Ursache. Der hohe Stand des Dollars wurde allerdings immer von den Agrariern im Inland, die ihre Monopolstellung für die Belieferung Deutschlands mit Lebensmitteln rücksichtslos ausnutzten, zu weiteren erhöhten Profiten ausgenutzt. Möglich wurde diese Ausplünderung allerdings nur durch die Politik der Stinnesregierung, die nicht nur alle Lasten der Reparationen auf die Arbeitenden häuft, sondern auch durch ihre Reparationspolitik den Kapitalisten im Lande Rekordgewinne sichert.

Schauspielhaus
Operettenbühne. Tel. R.295
Donnerstag 7½ Uhr:
Wenn Liebe erwacht.
Sonntag nachm. 3½ Uhr:
Die Faschingsfee.

Sowjetsterne
Preis 6 Mk.
sind wieder eingetroffen
Produktivgenossenschaft Abt. Buchhandlung.

Zahle für alle
Altmetalle
höchsten Preis.
Otto, Kohlenstraße 3.

Achtung, o!
kauft man neue und gebrauchte MÖBEL sowie ganze Einrichtungen am billigsten und vorteilhaftesten?
Bei H. Kluge
[illegible]

Halte mich bei Bedarf von
Kolonial- und Rauchwaren
sowie Gemüse
bestens empfohlen.
Fritz Stiller,
Waldenburg,
Schäferstraße.

Gelegenheitskauf
Nur wenige Exemplare vorhanden.
Der kommunistische Almanach
kart., 331 Seiten, mit vielen Bildern und Porträts,
statt 45.— Mark nur 18.— Mark.
Protokoll des III. Kongresses der Kommunistisch. Internationale
kart., 1086 Seiten,
statt 90.— Mark nur 30.— Mark.
Zu beziehen durch die
Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H.,
Breslau, Nikolaistraße 20/30.

B[illegible]
des Kommunismus
in Halbleinen gebd., 376 Seiten 15.— Mk.
Frölich: Das Verbrechen an den Eisenbahnern . 3,— Mk.
" Stinnes oder die Arbeiter? Wer soll zahlen? Wer soll siegen? . . . . 2,— Mk.
" Der Steuerbote nimmt Dein Brot . . 1,50 Mk.
Zu beziehen:
Produktivgenossenschaft, Abt. Buchhandlung.

Achtung! Kursusteilnehmer.
Die Literatur für den Kursus ist soeben eingetroffen und kann umgehend bezogen werden! Wir empfehlen:
Das kommunistische Manifest . . . Preis 2.50 M.
Radek, Die Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Tat . . . . . Preis 1.— M.
Rosa Luxemburg, Sozialreform oder Revolution Preis 3.— M.
L. Trotzki, Die neue Etappe (Die Weltlage und unsere Aufgaben) . . . . Preis 3.75 M.

R. F. Dittersbach. Sonntag, den 26. März, nachmittags 4½ Uhr: Antreten im B.-Versammlungslokal Friedenshoffnung. [illegible] pünktlich 5 Uhr nach [illegible]. Vollzähliges Erscheinen erwartet die Leitung.

Neu-Salzbrunn. Sonntag, den 26. März, vorm. 9½ Uhr, im „[illegible]" Zusammenkunft der kommunistischen Jugend. Wir fordern alle Jugendlichen, die mit uns sympathisieren, auf, zu erscheinen.

[illegible] bei Waldenburg. Versammlungslokal [illegible]. Sonntag, den 26. März, nachm. 2 Uhr, öffentliche Volksversammlung. Thema: Was wollen wir Kommunisten? Landarbeiter erscheint in Massen. Referent Gen. Graf. Zu dieser Versammlung laden wir die [illegible] Genossen ein.

Alt-Waldenburg. Sonntag, den 26. März, vorm. 9½ Uhr, öffentliche Volksversammlung. Thema: Was wollen die Kommunisten. Referent Gen. Graf. Erscheint in Massen. [illegible]

[illegible] Jahrgang, Nr. [illegible]

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

[illegible]

Freitag, 24. März 1922

[illegible]

Riesenkampf der Metallarbeiter in Süddeutschland.

Zur Zeit befinden sich in Württemberg in 180 Betrieben 41 080 Metallarbeiter im Streik. In weiteren 30 Betrieben mit 10 400 Arbeitern hat die Arbeiterschaft zum heutigen Freitag gekündigt.

Auch Bayern ist in den Streik hineingezogen worden. Seit dem 21. März ist durch den Verband der bayrischen Metallindustriellen die Aussperrung über sämtliche diesem Verband angeschlossenen Betriebe ausgesprochen worden.

Den Kampf der Metallarbeiter beantworten die Metallindustriellen überall in Süddeutschland mit einer Generalaussperrung. Die Zahl der betroffenen Arbeiter übersteigt bereits Hunderttausend.

Die Telegraphenunion meldet:

Nach Mitteilung der Kreisleitung der Fürther Technischen Nothilfe ist die Technische Nothilfe in Tätigkeit getreten, nachdem infolge des Metallarbeiterstreiks in den hiesigen Siemens-Schuckert-Werken eine Stauung unentladener Eisenbahnwaggons in großem Umfange sowohl in den Einzelbetrieben der Firma, wie auch auf dem Rangierbahnhof eingetreten ist.

Soweit die Alarmnachrichten aus den Streikgebieten.

Ist es nicht der reine Hohn, daß in demselben Augenblick, wo das Unternehmertum Tausende auf die Straße wirft, die vom Staat mit vielen Millionen unterstützte Technische Nothilfe eingesetzt wird, um das brutale Vorgehen des Unternehmertums zu unterstützen und der Arbeiterschaft in den Rücken zu fallen. Werden endlich aus dieser Tatsache die rechtssozialistischen Gewerkschaftsführer erkennen, daß die **Technische Nothilfe der größte Feind der Arbeiterklasse** ist, und von allen Gewerkschaften, von allen Arbeitern ohne Unterschied der politischen Richtung aufs schärfste bekämpft werden muß.

Was auf dem Spiele steht und wie konsequent die Kapitalisten in einer einheitlichen Front gegen das Proletariat aufmarschieren, ersieht man daraus, daß neben dieser Offensive der Unternehmer der **Angriff der Regierung gegen die Eisenbahner** einhergeht. Nach einer TU.-Meldung haben bereits am letzten Sonnabend, dem 28. März, im Eisenbahndirektionsbezirk München 460 Arbeiter die Entlassung erhalten, während Entlassungen hundertweise vorbereitet werden.

Es ist bekannt, daß auch die Metallarbeiter Breslaus und Schlesiens voraussichtlich in den Kampf mit den Metallindustriellen hineingetrieben werden müssen durch die Kündigung des Tarifs. Die Offensive der süddeutschen Industriebarone ist letzten Endes auch die Generalprobe dafür, ob auch die Metallarbeiter Schlesiens zu Kreuze kriechen müssen. Eine Niederlage der süddeutschen Kollegen wird ohne weiteres auch eine Niederlage der Schlesier sein.

Was tun in dieser Lage die Gewerkschaftsspitzen? Haben sie schon dafür gesorgt, daß die aus der dringendsten Not heraus geborenen Einzelkämpfe vereinfacht und vereinigt werden?

Geht es so weiter mit dem Niederschlagen einzelner Streiks in einzelnen Distrikten oder Orten, dann ist gewiß, daß die Offensive der Metallindustriellen siegreich sein muß.

Hier reicht die bisher befolgte Taktik des Zurückweichens nicht mehr aus.

Zusammenfassung aller Kräfte zu einer kampfesfähigen Front! Das ist das Gebot der Stunde.

Von der Riesenaussperrung in England.

In England sind bekanntlich seit dem 11. März **500 000 Arbeiter der Metallindustrie ausgesperrt.** Die Ursache des Kampfes liegt darin, daß die englischen Kapitalisten die Arbeitslöhne senken und die Arbeitszeit verlängern wollten. Dabei gibt es in England mindestens 2 Millionen Arbeitslose!

Nachdem bisher ein Nachgeben der übermütigen Metallindustriellen nicht erreicht worden ist, muß die Aussperrung noch weiter um sich greifen, da auch den Raubrittern aus anderen Kreisen der Industrie der Kamm schwillt, Arbeitszeitverlängerung und Lohndruck vorzunehmen.

Es liegen folgende den Ernst der Lage kennzeichnende Meldungen aus England vor:

Ein Antrag der Arbeitervertreter, die Regierung um Einleitung einer Untersuchung in Angelegenheit des **Konflikts in der Metallindustrie** durch einen **unparteiischen Gerichtshof** zu ersuchen, wurde vom Unterhaus **mit 162 gegen 80 Stimmen abgelehnt.**

Der Verband der Arbeitnehmer in der Schiffsbauindustrie hat eine Vollversammlung abgehalten, über die ein kurzes Communique veröffentlicht wurde. Es ist danach sehr wahrscheinlich, daß am 29. März eine weitere Lohnherabsetzung in Kraft treten wird. Das würde eine Aussperrung der Werftarbeiter zur Folge haben, von der nicht weniger als 300 000 Arbeiter betroffen würden. Die Beschlüsse der Versammlung sind den Trade-Unions mitgeteilt worden. Der Generalrat der Trade-Unions tritt heute zusammen, um zu den Forderungen der Arbeitgeber und zur Einberufung eines außerordentlichen Kongresses der Trade-Unions Stellung zu nehmen. Der außerordentliche Kongreß soll die Hilfe für die Ausgesperrten organisieren und über ein geschlossenes Vorgehen gegen den Angriff der Unternehmer beraten. Nach der Tagung des Generalrates wird eine gemeinsame Konferenz des Generalrates der Labour Party und der Trade-Unions vorbereitet. Es ist möglich, daß ein allgemeiner Aufstand für alle Branchen ins Auge gefaßt wird.

In Dänemark dauert die Aussperrung an.

Die dänischen Industriellen haben erneut eine Offensive eröffnet, indem sie zum 1. April über eine Anzahl von Arbeiterkategorien die Aussperrung aussprechen.

Inzwischen nimmt der Kampf der Industriellen gegen die Arbeiter **immer brutalere Formen an.** So wird aus vielen Orten Dänemarks gemeldet, daß sogar Militär zur Unterstützung der Polizei gegen die Ausgesperrten aufgeboten worden ist. Es kam wiederholt zu blutigen Zusammenstößen.

Streiks und Gärung in Polen.

Auch über Polen, besonders über die früher preußischen Städte Polens, geht wieder eine Streikwelle mit erhöhter Wucht. Nach einem großen Streik in Posen und Thorn wurden fast sämtliche Städte Pommerellens, Bromberg, Graudenz, Dirschau, Schwetz usw. von einem Ausstand erfaßt.

In Graudenz kam es sogar zu großen Demonstrationen der streikenden Arbeiter, wobei Militär und Polizei in Tätigkeit trat. Die Demonstrationszüge wurden mit Gewalt auseinander gejagt.

Die Ordnung herrscht in Südafrika.

Wie aus London gemeldet wird, ist die Ruhe in Südafrika wiederhergestellt. 10 000 Arbeiter befinden sich in der Gefangenschaft der Regierung. Nach dem amtlichen Bericht wurden im Gewerkschaftshaus in Johannesburg die beiden Streikführer Fisher und Spendiff tot aufgefunden. Die Polizei erklärt, daß sie Selbstmord begangen haben. (!) Eine wüste Kommunistenhetze hat in Südafrika eingesetzt. Die Regierung erklärt formell, daß der letzte Aufstand „das Werk von Bolschewiki, internationalen Sozialisten und Kommunisten" gewesen sei. Diese Meinung des Generals Smuts ist einfach lächerlich. Denn der Aufstand der südafrikanischen weißen Arbeiteraristokratie, der sich ebenso sehr gegen die Massen des Negerproletariats wie gegen die Kapitalisten richtete, war wahrlich keine kommunistische Aktion. Unsere Genossen in Südafrika vertreten unbedingt den Gedanken der Einheitsfront des schwarzen und weißen Proletariats. Nur diese Einheitsfront ist es, vor der die Kapitalisten Angst haben. Vor isolierten Aufständen der weißen Arbeiter hat man keine Furcht; aber das jetzige System würde in Südafrika zusammenbrechen, sobald die Hunderttausende des schwarzen Proletariats mit in Aktion treten. Deshalb will die herrschende Klasse jetzt die Gelegenheit ausnutzen und durch die Kommunistenhetze die Möglichkeit der künftigen proletarischen Einheitsfront in Südafrika verbauen.

Aber die Ausschlachtung der südafrikanischen Ereignisse geht noch weiter. Im englischen Unterhaus fragte der reaktionäre Abgeordnete Newman, ob Lloyd George immer noch bei der Absicht bleiben wolle, mit Vertretern der Sowjetregierung in einer Konferenz zusammenzukommen, wo es sich herausgestellt habe, daß die russische Regierung mit dem Ausbruch des Bürgerkrieges in Johannesburg in Verbindung stand! Minister Chamberlain erwiderte, daß er noch keinen offiziellen Beweis für die Richtigkeit dieser Anschuldigung besitze.

Rache oder Sicherung der Revolution?

Von Ernst Meyer (Berlin).

Die menschewistische Presse aller Schattierungen stellt den Prozeß gegen die sozialrevolutionären Attentäter als einen Racheakt der Bolschewiki gegenüber anderen Arbeiterparteien dar. Sie behauptet weiter, die kommunistischen Parteien in kapitalistischen Ländern hätten kein Recht, die Amnestierung gefangener revolutionärer Arbeiter zu fordern, wenn die Kommunisten in Rußland als Inhaber der Staatsmacht selbst Mitglieder der Arbeiterparteien ins Gefängnis werfen. In diesen Vorwürfen stecken Irrtümer und Verdrehungen, die nur beweisen, daß ihre Urheber und Verbreiter nicht das mindeste Verständnis für die Revolution besitzen und selbst dem konterrevolutionären Lager angehören.

Rosa Luxemburg hat im Spartakusprogramm betont, daß die Kommunisten den Menschenmord hassen und verabscheuen. Aber sie fügte sogleich hinzu, daß das Bürgertum mit den Mitteln des Terrors die Arbeiterschaft immer wieder bedrohe und daß deshalb dem Klassenfeinde gegenüber geboten werden müsse: den Daumen aufs Auge und die Knie auf die Brust! Die Bourgeoisie gibt den Widerstand gegen die Arbeiterschaft nicht eher auf und verzichtet nicht eher auf jeden Versuch, sich entrissene Machtpositionen wiederzuerobern, als bis ihr jedes Mittel dazu für immer genommen worden ist. Karl Marx hat daher schon 1848 nach dem Fall Wiens in dem Zorn über die Brutalitäten der Konterrevolution und in der klaren Erkenntnis des zähen Widerstandes der Besitzenden gefordert, daß dem konterrevolutionären Terror entgegengesetzt werden müsse der revolutionäre Terror des Proletariats. Wo Marx und Engels von der Revolution, d. h. dem Bürgerkriege sprechen, verlangen sie entschiedenes, festes, offensives Handeln. Einen der größten Fehler der Pariser Kommune 1871 sahen sie in dem unentschiedenen, zögernden Auftreten der Pariser Communards; den Schlächtereien eines Thiers und Gallifet hätte nach ihrem Urteil durch ein revolutionäres Vorgehen begegnet werden müssen.

Die russischen Kommunisten haben es büßen müssen, daß sie zunächst diese begründeten Anweisungen Marx' unbeachtet ließen. Genosse Sinowjew hat auf dem Hallenser Parteitag darauf hingewiesen, daß die Bolschewiki selbst die reaktionärsten Generale ungeschoren ließen, was nur als Schwäche der Sowjets ausgelegt wurde und jene Generale zu konterrevolutionären Abenteuern ermutigte. Die Sicherung der Revolution erforderte Maßnahmen, die man anfangs verabsäumt hatte. Durch immer häufiger werdende Attentate, wie das gegen den deutschen Gesandten Mirbach, versuchten die Gegenrevolutionäre die ganze Bevölkerung Rußlands erneut in den Krieg und die Bolschewiki aus der Macht zu stürzen, durch Attentate gegen Uritzki, Wolodarski und Lenin sollten die verhaßten Gegner der Gegenrevolution politischen Rachegefühlen geopfert werden. Diese Attentate zwangen die Bolschewiki zu schärferen Abwehrmaßnahmen. Damals protestierten die Menschewiki Mittel- und Westeuropas nicht gegen den Terror der — Sozialrevolutionäre, die hinter all diesen Attentaten standen. Denn damals wurden ja nur — Kommunisten gemordet, richtete der Haß sich ja nur gegen die Sowjets, gegen die Revolution!

Die russischen Kommunisten blieben ohne moralisch-politische Unterstützung, als man ihre Führer mordete. Ihre Mörder aber erregen das Mitleid der Noske-Partei, die unzählige Arbeitermorde im eigenen Lande gedeckt hat, das Mitleid der Unabhängigen, die nicht genug über die März-„Verbrecher" der KPD. schimpfen konnten. Die Menschewisten aller Schattierungen ergreifen Partei nur für konterrevolutionäre Mörder.

Wenn einzelne Organe der SPD. es schließlich so darzustellen belieben, als handele es sich beim Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre um einen Racheakt, so dienen sie auch hier nur der Lüge. Die Bourgeoisie, die gegen Revolutionäre kämpfte, hat allerdings stets nach dem Siege die grausamste Rache-„Justiz" geübt. Berlin, München, Rheinland-Westfalen, Hettstädt — das sind nur ein paar aus der großen Anzahl von Orten, deren Pflaster gerötet ist von dem Blut erschossener Parlamentäre, erschlagener Arbeiter, ermordeter Gefangener. Die Bourgeoisie tötet den Feind, auch wenn er nicht mehr gefährlich ist. Die Arbeiterschaft schlägt nur die Gegner, die unmittelbar die Revolution gefährden. Nicht Haß und Rache, sondern Sicherung der Revolution diktiert die Handlungen der revolutionären Arbeiterschaft. Und diese berechtigte Abwehr wird auch den Verräter treffen, der einst in den Reihen der Arbeiterschaft, jetzt im Solde der Bourgeoisie konterrevolutionär handelt.

Die Unterschiede verwischen die Menschewisten aller Länder absichtlich. So behauptet der russische Menschewist Dan, daß ein Mitglied der russischen Arbeiteropposition

[illegible] Die Arbeiterschaft wird diese Lügen durchschauen; sie begreift den Unterschied zwischen konterrevolutionären Verbrechern und revolutionären Helden. Sie wird nicht aufhören, für die Befreiung ihrer wahren Vorkämpfer einzutreten. Sie weiß aber auch, daß die Revolution vor jenen Verrätern geschützt werden muß.

Politische Uebersicht.

Severing will mit den Kommunisten Fraktur sprechen.

In der Hauptausschußsitzung am Dienstag, an der Severing und Weismann als Regierungsvertreter teilnahmen, interpellierte Genosse Katz Severing wegen der Einbrüche der Polizei in der Münzstraße. **Unter lautem Beifall der Reaktionäre und der Sozialdemokraten deckte Severing die Taten Weismanns und Richters,** und erklärte es für die Pflicht der Berliner Polizei, Haussuchungen vorzunehmen, die es ermöglichen, **über die Pläne der Kommunisten Material zu verschaffen,** und sich dabei durch hysterisches Gezeter von Abgeordneten nicht beirren lassen. **Mit den Kommunisten werde von jetzt ab Fraktur gesprochen!**

* * *

Das ist das Stichwort zu einer neuen Kommunistenhetze. Herrn Severing, der als Sozialdemokrat mit den Stinnesleuten niemals „Fraktur zu sprechen" verstand, sondern im Gegenteil sich mit der Partei des Großkapitals **zu einer Regierung des Steuerraubs gegen die Arbeiter** verbunden hat, sieht natürlich nur in ehrlichen Klassenkämpfern seinen Feind. Schieber und Wucher brauchen in Severings Reich nicht zu fürchten, daß mit ihnen Fraktur gesprochen wird.

Schon Herr Noske wollte ja bei jeder Gelegenheit den Kommunisten die „Knochen kaputt schlagen". Wo er aber die Kommunistische Partei nur einen um so größeren Aufschwung nahm. Auch Herr Severing wird durch seine Proklamation des „Fraktur-Sprechens" nur erreichen, daß die Kommunisten um so zielsicherer ihre Ziele verfolgen werden.

Wir fragen aber die Arbeiter der SPD., ob sie damit einverstanden sind, daß immer nur nach — links „Fraktur gesprochen" werden soll, während die Rechte mehr und mehr dadurch ihre Macht befestigen kann.

Im übrigen ist aber die revolutionäre Arbeiterschaft **nicht stumm. Auch sie kann „Fraktur sprechen", wenn man's verlangen sollte.**

Die kommunistischen Anträge zu Severings Etat.

Unsere Vertreter im Hauptausschuß des Landtages, die Genossen Katz und Menzel (Halle), haben zum Haushalt des Ministeriums des Innern für das Rechnungsjahr 1922 folgende Anträge gestellt:

Der Ausschuß wolle beschließen:

1. Die staatliche Polizeiverwaltung wird aufgelöst und den Gemeinden übertragen. Die gemeindliche Polizei ist aus bewaffneten organisierten Arbeitern, Angestellten und Beamten zusammenzusetzen.

Die Sittenpolizei wird aufgelöst; ihre Obliegenheiten werden kommunalen Pflege- und Wohlfahrtsämtern übertragen.

2. Alle Ausgaben für politische Polizei werden gestrichen; Abteilungen von Polizeiorganen, die sich mit politischen Angelegenheiten und mit sonstiger Spitzelarbeit befassen, werden aufgelöst.

3. Der Beitrag der Gemeinden zu den Kosten der Schutzpolizei (Kap. 31, Tit. 2b 2) wird gestrichen.

4. Den Beamten wird einschließlich der Schutzpolizeibeamten volle Koalitionsfreiheit gewährt. Die Heiratsordnung und alle Eheverbote für die Schutzpolizeibeamten werden aufgehoben.

5. Die Verwendung von Polizeiorganen in Lohnkämpfen wird verboten.

6. Das Schießen auf fliehende Gefangene wird verboten.

7. Alle Beamtengehälter werden auf das von den zuständigen Statistischen Aemtern errechnete Existenzminimum erhöht. Die Gehaltsgruppen 1 bis 7 werden nicht besetzt. Die Gehaltsstaffeln der Einzelgehälter sowie alle übrigen Gehaltssätze über Gruppe 13 fallen fort.

8. Ausweisungen von Nichtpreußen aus politischen Gründen sind unzulässig.

9. Sammlungen für die „Rußlandhilfe" und für die „Rote Hilfe" dürfen nicht verboten, Sammellisten und Sammelgelder für diese Zwecke nicht beschlagnahmt werden.

10. Der „Roten Hilfe" werden aus Staatsmitteln 5 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

11. Die Ausgaben für den Staatskommissar für „öffentliche Ordnung" werden gestrichen.

12. Die Ausgabe Kap 95, Tit. 1, angeblich zur Bekämpfung des Verbrechertums, in Wirklichkeit zur Bezahlung von Lockspitzeln und zur Bestechung (siehe Handbuch f. preuß. Landtagswähler 1913, S. 249 ff.) wird gestrichen.

13. Das Internierungslager Stolow wird sofort aufgehoben. Neue Internierungslager werden nicht errichtet.

14. Alle Pässe werden gebührenfrei ausgestellt.

15. Der Staatsrat wird aufgelöst. Alle Ausgaben für den Staatsrat werden gestrichen.

16. Das Statistische Landesamt ist mehr als bisher auf die statistische Erfassung der finanziellen Vorgänge in Preußen umzustellen; insbesondere sind von ihm sofort die Vorarbeiten für die Erfassung der Sachwerte sowie für eine genaue Produktionskontrolle zu beginnen.

„Der Frühling naht"! Augen auf, Proletarier!!

Rußland und die „Vorbereitungen" der russischen Reaktionäre zur Konferenz von Genua.

Die „Prawda" schreibt in ihrem Leitartikel vom 19. März: In ganz Europa bereitet man sich zur Konferenz von Genua vor. Die Diplomaten halten Erklärungen bereit, die sie bei der Konferenz abgeben wollen und denken sich Schachzüge gegen ihre Gegner aus. Die Entente-Staatsmänner stellen Rechnungen über Summen auf, die sie als Ersatz für die durch die Revolution erlittenen Schäden von Sowjet-Rußland einzutreiben gedenken. Die baltischen Staaten halten eine Konferenz ab, die, wie einige Zeitungen versichern, zu einem politischen Bündnisse zwischen ihnen führen wird. Daß dieses Bündnis gegen Rußland gerichtet sein wird, darüber kann kein Zweifel bestehen. Polen und Finnland verhandeln über den Abschluß eines Militärbündnisses. Auch die Söldlinge des europäischen Kapitals, die sich „Russische Volksarmee" nennen, bereiten sich vor. „Daily Herald" berichtet, daß die Wrangelbanden, mit Nikolai Nikolajewitsch Romanow und Gurko an der Spitze, im Falle eines Krieges zwischen Rußland und Polen auf polnischer Seite als besondere weiße Armee am Kampfe gegen Rußland teilnehmen wollen. General Wrangel rühmt sich, daß er am Balkan über eine Armee von 50 000 Mann verfüge, die in jedem Augenblick bereit sei, gegen Sowjet-Rußland zu marschieren. In Rumänien bereitet sich Petljura zu einem neuen Zuge gegen die Sowjetukraine vor.

Angesichts dieser Kriegsvorbereitungen der Weißgardisten muß auch Sowjet-Rußland Vorbereitungen in finanzieller und materieller Hinsicht und hinsichtlich der Roten Armee treffen. Falls einer unserer Feinde es wagen sollte, die Unantastbarkeit unserer Grenzen zu verletzen, so werden die Worte Trotzkis, die er während des Sowjetkongresses sprach, in Erfüllung gehen: „Jetzt ist nicht 1918! Jetzt dürfte es leichter sein, die Grenzen Sowjet-Rußlands auszudehnen, als zu verengen!"

*

Der Londoner Korrespondent der „Internationale" meldet, die Gerüchte, nach denen ein neuer militärischer Feldzug gegen Rußland bevorstehe, hätten sich verdichtet. Es heißt, daß der rumänische Kriegsminister Petljura die Erlaubnis gegeben habe, unter den in Rumänien weilenden Russen Rekruten für ein Expeditionskorps anzuwerben. Die rumänische Regierung habe Petljura außerdem 18 Kanonen, 100 Maschinengewehre und 1100 Gewehre übergeben.

*

Aus Moskau wird gemeldet: Das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten veröffentlicht folgende Meldung: „Die Helsingforser Meldungen von einer angeblich bevorstehenden oder schon im Zuge befindlichen Mobilisierung der Roten Armee entbehren jeder Grundlage. Diese tendenziösen Nachrichten sollen offenbar dazu dienen, vor der breiten Oeffentlichkeit die Verhandlungen zu rechtfertigen, die gegenwärtig zwischen den Regierungen Finnlands und Polens wegen Abschluß eines militärischen Bündnisses geführt werden. Die russische Regierung, deren Bestreben einzig und allein der friedliche Wiederaufbau Rußlands ist, wird sich auch durch die Tatsache dieser Verhandlungen über ein Bündnis, das offensichtlich gegen Sowjet-Rußland gerichtet ist, nicht von ihren friedlichen Bestrebungen abbringen lassen."

Neue Werbungen gegen Sowjetrußland in Finnland

Die Wyborger sozialdemokratische Zeitung berichtet, daß in Wiborg Anwerbung von neuen Freiwilligen für ein weißgardistisches Detachement angeworben werden, denen gute Bezahlung in Aussicht gestellt wird.

Die Schadenersatzansprüche der Sowjetrepubliken bei der Konferenz von Genua.

Nach Dokumenten, welche die Odessaer Außenkommission vorgelegt hat, erreichen die Schäden, die das Gouvernement Odessa durch die österreichisch-deutsche Invasion erlitten hat, die Summe von einer Milliarde Goldrubel. Auch die Schäden, die das Gouvernement Odessa durch die Ententeinterventionen erlitten hat, werden festgestellt.

Die polnische Regierung verweigert die Errichtung eines russischen Konsulats in Danzig.

Die polnische Regierung hat die Genehmigung zur Errichtung eines russischen Konsulats verweigert. Eine große, mit Deutschland eng verbundene Handelsstadt, hat Danzig eine ausschließlich deutsche Einwohnerschaft. Die neue und absonderliche Geographie des Vertrages von Versailles hat diese Stadt Polen übergeben und ihr die „Unabhängigkeit" einer „Freien Stadt" verliehen. Polen sucht mit allen Mitteln Danzig daran zu verhindern, mit Rußland normale Handelsbeziehungen auszugestalten. Diese sinnlose Politik drosselt diesen Ostseehafen wirtschaftlich ab und trägt Verwirrung in die Interessen Danzigs, Deutschlands und selbst Polens hinein.

Deutsche Industrie-Ausstellung in Moskau.

Die vorbereitenden Arbeiten für die deutsche Industrieausstellung in Moskau, die für den 1. bis 15. Juli d. J. geplant ist, sind von sowjetrussischer Seite, wie das Wirtschaftsblatt „Ekonomitscheskaja Shisn" meldet, bereits im Gange. Für die Ausstellung wird das Gebäude der Prowodnik-Gummiwerke, das während des Krieges errichtet wurde und bisher unbenutzt geblieben ist, instand gesetzt, was etwa zwei Monate beanspruchen dürfte. Für die organisatorische Vorbereitung der Ausstellung ist vom Obersten Volkswirtschaftsrat und dem Außenhandelskommissariat ein Sonderausschuß gebildet worden. Die Wünsche der Sowjetregierung gehen dahin, daß die Ausstellung nicht nur einzelne neue Maschinen, sondern auch ganze Einrichtungen industrieller Betriebe vorführen möchte, welche vor allem die verbilligte Massenproduktion, die Mechanisierung der Betriebe und die neuesten Vervollkommnungen und Vereinfachungen der Produktionsmethoden illustrieren sollen.

Lenins Krankheit.

Es ist bekannt, daß Genosse Lenin seit langem durch eine schleichende Krankheit an seiner hervorragenden politischen Tätigkeit sehr behindert wird. Auf seiner vor kurzem vor den Metallarbeitern Moskaus gehaltenen Rede hat Lenin der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß er in einigen Wochen wiederhergestellt sein wird.

Nach Blättermeldungen ist der bekannte Berliner Mediziner Dr. Klemperer nach Moskau abgereist, um die ärztliche Behandlung Lenins zu übernehmen.

Die Krankheit Lenins wird allgemein in Verbindung gebracht mit dem Attentat, dem bekanntlich Lenin vor längerer Zeit beinahe zum Opfer gefallen wäre.

Die Sozialrevolutionärin Dora Kaplan schoß damals auf Lenin und verwundete ihn schwer. Nach den Enthüllungen über die Verbrechen der Sozialrevolutionäre ist es nun erwiesen, daß diese besonderen Freunde der Sozialdemokraten vielfach mit durch „Kurare" vergifteten Kugeln auf Führer der Revolution geschossen haben. So erlagen z. B. Wolodarski und Uritzky ihren von Sozialrevolutionären ihnen geschlagenen Wunden.

Man nimmt nun an, daß die auf Lenin abgefeuerte sozialrevolutionäre Kugel ebenfalls vergiftet war, und nun sich die Folgen der Vergiftung einstellen.

Wir wissen, daß auch diese infamen Mörderpraktiken die SPD. und USP. nicht hindern werden, alle Menschlichkeit bei den Sozialrevolutionären und alle Grausamkeit bei den „bolschewistischen Verbrechern" zu sehen. Man wird weiter gegen den Prozeß gegen die Mörder von Arbeiterführern in Sowjet-Rußland aus „Humanität" protestieren, aber seelenruhig in Deutschland Arbeitermörder freisprechen und Tausende von Proletarier in den Zuchthäusern der Ebert-Republik eingesperrt lassen.

Wie tief kann doch die sozialdemokratische Moral sinken! So weit kann der Haß gegen die proletarische Revolution führen!

Die Lebensmittelpaketaktion für Sowjetrußland.

Moskau, 18. März (Rosta-Wien). Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes und Fridtjof Nansen haben mit der russischen und ukrainischen Regierung ein Uebereinkommen bezüglich der Uebersendung von Lebensmittelpaketen nach Rußland getroffen. Anweisungen auf Pakete (Wert 2 Dollar) sind bei der Deutschen Bank, der Dresdner Bank und der Diskontogesellschaft erhältlich. Die Zahlung erfolgt in Mark zum jeweiligen Kurs des Dollars.

Rede des Genossen Lenin über die Lage in Sowjet-Rußland und die Konferenz in Genua.

Gehalten am 6. März in der Fraktion des allrussischen Metallarbeiterkongresses.

(Fortsetzung.)

[illegible]

[illegible] Kapitalismus in den kapitalistischen Ländern in Verfall geraten [illegible], dennoch können manche Parteien das Ding probieren, Parteien, die nicht ohne Einfluß sind. Und wenn die Regierungen so weit schwankend sind, daß sie sogar eine Versammlung nicht zum Termin einberufen können, — wer weiß dann, in wessen Händen sich diese Regierungen eines Tages befinden können. Wir wissen, daß dort einflußreiche Parteien sowie auch einflußreiche Personen sind, die den Krieg wünschen. Wir wissen das sehr gut, und auch über des Pudels Kern, der in allen ökonomischen Verträgen steckt, sind wir wohl unterrichtet. Wir haben ungewöhnlich viel Schweres über uns ergehen lassen und wissen, welche Leiden und Qualen der Versuch eines neuen Krieges uns bringen muß, und wir sagen, daß wir das alles von neuem ertragen würden, wenn sie es wagen, es zu versuchen. Die Moral, die Genosse Trotzki daraus zog, indem er statt aller diplomatischen Bocksprüngereien einen bestimmten Aufruf erließ, besteht darin, daß man jedem Rotarmisten die internationale Lage aufs neue erklärt hat, daß die Vertagung der Genueser Konferenz anläßlich des Schwankens des italienischen Kabinetts die Gefahr eines neuen Krieges bedeutet. Wir werden es erreichen, daß bei uns jeder Rotarmist das wissen wird. Das ist um so leichter zu erreichen, da es schwer fallen dürfte, in Rußland eine Familie oder einen Rotarmisten zu finden, die das nicht schon wüßten, und zwar nicht nur aus Zeitungen, Zirkularen und Tagesordern, sondern aus ihrem eigenen Dorf, wo sie Krüppel gesehen haben, wo sie Familien gesehen haben, die diesen Krieg ertragen haben, wo sie die Mißernte sehen, den quälenden Hunger und den materiellen Ruin sowohl wie die furchtbare Not, und wissen, wodurch diese hervorgerufen sind, wenn sie auch die Pariser Ausgaben der Menschewisten und Sozialrevolutionäre nicht lesen, die das alles durch die schlimmen Eigenschaften der Bolschewisten zu erklären suchen. Es ist kaum anzunehmen, daß sie jetzt zu etwas anderem gestimmt sind, als sich mit ihrem ganzen Sein zu wehren (ich möchte mich so ausdrücken), sich gegen diejenigen zu wehren, die uns den Krieg mit Koltschak und Denikin aufgenötigt haben. Zu diesem Zwecke brauchen wir eine neue Kommission für Agitation und Propaganda zu bilden. In der Frage der Genueser Konferenz muß man den Kern der Sache von den Zeitungsenten, die die Bourgeoisie lanciert, streng unterscheiden; ihr erscheinen sie als schreckliche Bomben, die uns aber nicht schrecken, da wir deren schon viele erlebt haben, und sie verdienen es oft nicht einmal, ein Lächeln hervorzurufen. Alle Versuche, uns als den Besiegten Bedingungen aufzunötigen, sind einfach nutzlos, und es lohnt nicht, sie zu beantworten. Wir suchen als Kaufleute Beziehungen anzuknüpfen und wissen, was du uns schuldest, und was wir dir schulden, und was dein gesetzlicher und sogar darüber hinausgehender Vorteil sein darf. Man macht uns viele Vorschläge, die Zahl der Verträge wächst beständig und wird wachsen, wie auch die Figur der drei bis vier Siegermächte sich einstellen möge; durch diese Vertagung der Konferenz seid ihr allein die Verlierenden, da ihr euren eigenen Anhängern dadurch beweist, daß ihr selbst nicht wißt, was ihr wollt, und daß ihr an der sogenannten Willenskrankheit leidet. Diese Krankheit äußert sich in dem Nichtbegreifen jener Oekonomie und Politik, die wir besser einzuschätzen wissen als ihr. Bald sind es zehn Jahre, daß wir das richtig eingeschätzt haben, und dennoch ist der eingetretene Zerfall und Verfall den Bourgeoisiestaaten immer noch nicht klar.

Wir erfassen schon voll die Lage, die sich bei uns ergeben hat, und können mit Bestimmtheit sagen, daß der Rückzug, den wir begonnen haben, auch von uns wieder eingestellt werden kann und werden wird. Genug! Wir sind uns völlig klar darüber und verbergen es nicht, daß die neue ökonomische Politik einen Rückzug bedeutet, da wir weiter vorgedrungen waren, als wir uns zu halten vermochten; doch so ist nun einmal die Logik des Kampfes. Wenn sich jemand dessen entsinnt, was im Oktober [illegible] habe ich schon zur Zeit der Demokratischen Konferenz erklärt, daß, wenn sich Personen fänden, die die Bildung einer einheitlichen Regierung auf sich nehmen würden, die Macht ohne jegliche Erschütterung der neuen Regierung übergeben werden würde.

Wir haben uns nicht geweigert, die Macht allein zu übernehmen. Wir haben das schon im Juni 1917 erklärt. Im Oktober 1917 haben wir das auf dem Sowjetkongreß verwirklicht. Der Sowjetkongreß erhielt eine bolschewistische Mehrheit. Damals wandte sich Kerenski an die Junker, galoppierte zu Krasnow und brachte beinahe eine ganze Armee gegen Petersburg auf die Beine. Wir aber haben sie ein bißchen gequetscht und nun spielen sie die Gekränkten und erklären: Was für Bösewichte, was für Usurpatoren, was für Henker. Wir antworteten: Klagt euch selbst an, Freunde! Glaubt nicht, daß die russischen Bauern und Arbeiter eure Tätigkeit vergessen haben! Ihr habt uns im Oktober in einen Kampf der allerverzweifeltsten Form hineingezogen und unsere Antwort darauf war der Terror, sogar dreifacher Terror, und wenn es eines solchen noch einmal bedarf, so werdet ihr wieder dieselbe Antwort kriegen, wenn ihr es nochmals versucht. Kein einziger Arbeiter und kein einziger Bauer bezweifelt die Notwendigkeit des Terrors; außer intellektuellen Schreihälsen bezweifelt es niemand. Unter unerhört schwierigen ökonomischen Bedingungen hatten wir den Krieg mit einem Gegner zu führen, der unsere Kräfte hundertfach übertraf; kein Wunder, daß wir uns dabei weit in das Gebiet außerordentlicher kommunistischer Maßregeln begaben. Weiter vielleicht als nötig war. Man hat uns eben dazu gezwungen; unsere Gegner gedachten uns den Garaus zu machen, sie gedachten nicht nur in Worten, sondern in der Tat unsere Unterwerfung zu erzwingen. Sie sagten, wir gehen auf keinen Kompromiß ein. Wir erwiderten: wenn ihr glaubt, daß wir uns zu den äußersten kommunistischen Maßregeln nicht entschließen könnten, so irrt ihr euch, und wir entschlossen uns dazu, wir taten es und wir haben gesiegt. Augenblicklich erklären wir, daß diese Positionen nicht zu halten sind, wir treten also den Rückzug an, denn wir haben schon genug erobert, um die notwendigen Positionen zu halten. Die ganze Weißgardistenbande mit den Menschewisten und Sozialrevolutionären an der Spitze stimmen nun ein Freudengeheul an: „Aha! Ihr tretet den Rückzug an!“ Nun, freut euch nur, damit verherrlicht ihr euch selbst. Für uns ist es nur von Vorteil, wenn unsere Gegner sich mit Selbstverherrlichung statt mit sachlicher Arbeit beschäftigen. Triumphiert nur. Ihr macht unsere Lage nur noch vorteilhafter dadurch, daß ihr euch durch Illusionen selbst verherrlicht. Wir haben uns gewaltige Positionen erkämpft und wenn wir von 1917 bis 1921 nicht diese Positionen erkämpft hätten, so hätten wir keinen Raum zum Rückzug gehabt, weder in geographischem, noch inökonomischem, noch in politischem Sinne. Wir erhalten uns die Macht im Bunde mit den Bauern und wenn ihr nicht in die Bedingungen willigt, die euch vor dem Kriege angeboten wurden, so werden euch nach dem Kriege schwere Bedingungen gestellt werden. Das ist in der diplomatischen, ökonomischen und politischen Geschichte der Jahre 1917—1921 genau gebucht worden und ist somit keine bloße Prahlerei. Es ist eine einfache Feststellung von Tatsachen, wir wollen daran bloß erinnern. Wenn die Herren Kapitalisten im Oktober 1917 unser Angebot angenommen hätten, so besäßen sie fünfmal mehr als jetzt. Ihr habt drei Jahre gekämpft und was habt ihr erreicht? Ihr wollt weiter kämpfen? Wir wissen sehr wohl, daß durchaus nicht alle unter euch kämpfen wollen. Wir wissen andererseits, daß bei der furchtbaren Hungersnot und bei dem jetzigen Stande der Industrie es uns nicht gelingen wird, sämtliche Positionen, welche wir von 1917 bis 1921 eingenommen haben, zu halten. Wir haben schon eine ganze Reihe aufgeben müssen, doch wir können jetzt sagen, daß dieser Rückzug in Hinsicht der Rechte, die wir den Kapitalisten einräumen, jetzt beendet ist. Wir haben unsere Kräfte [illegible]

[illegible] Wir wissen, was die Hungersnot in einem Bauernlande wie Rußland bedeutet. Wir wissen, daß es uns noch nicht gelungen ist, das durch die Hungersnot hervorgerufene Unglück gutzumachen. Wir wissen, was die finanzielle Krise in einem Lande bedeutet, das zum Handel gezwungen ist und das von einer solchen Unmasse Papiergeld überschwemmt ist, wie die Welt es noch nicht gesehen hat. Wir kennen diese Schwierigkeiten, wir kennen sie in ihrer ganzen Größe. Ich fürchte nicht zu sagen, daß sie unendlich sind. Denn das schreckt uns nicht. Im Gegenteil, hier liegt die Quelle unserer Kraft, daß wir allen den Arbeitern und Bauern sagen können: diese Hindernisse habt ihr zu überwinden, diese Gefahr droht euch von seiten der Weltmächte. Laßt uns arbeiten und uns mutig an unsere Aufgaben machen. Wenn wir unseren Rückzug einstellen, so bedeutet das nicht, daß wir uns der Gefahren nicht bewußt sind. Wir sehen ihnen gerade entgegen. Wir sagen: Hier liegt die Hauptgefahr, das durch die Hungersnot hervorgerufene Elend muß beseitigt werden. Wir haben es noch nicht beseitigt. Wir haben die finanzielle Krise noch lange nicht überwunden. Und darum ist der Ausdruck von der Einstellung des Rückzuges durchaus nicht in dem Sinne zu verstehen, daß wir das Fundament (der neuen Oekonomik) für vollendet halten und ruhig weitergehen können, nein, das Fundament ist noch nicht vollendet. Wir können noch nicht getrost der Zukunft entgegensehen. Wir sind von Kriegsgefahren umgeben, von denen ich schon genügend gesprochen habe und noch größere Gefahren drohen uns von innen, wo die ökonomische Gefahr besteht, die auf dem furchtbaren materiellen Ruin der Bauernschaft, auf der Hungersnot, auf der Finanzmißwirtschaft beruht. Diese Gefahr ist ungeheuer groß; es bedarf der gewaltigen Anspannung aller unserer Kräfte. Doch wenn man uns den Krieg aufzwingt, so werden wir zu kämpfen wissen. Doch gegen uns den Krieg zu führen, wird ihnen auch nicht so leicht fallen. 1918 fiel es ihnen leicht, den Krieg anzufangen und 1919 fiel es ihnen ebenso leicht, denselben fortzusetzen. Doch bis 1922 ist viel Wasser und noch mehr Blut geflossen und noch manches andere ging dahin. Die Arbeiter und Bauern des Westens sind lange nicht mehr dieselben, die sie 1918 waren und es geht heute nicht mehr, ihnen vorzuschwindeln, man kämpfe gegen die Deutschen und die Bolschewisten seien ja nichts anderes als Werkzeuge des Deutschen — das zieht schon nicht mehr. Infolge unserer ökonomischen Lage bricht bei uns noch keine Panik aus. Wir haben zurzeit ungezählte Verträge mit russischen und ausländischen Kapitalisten geschlossen. Wir wissen, welche Hindernisse vor uns lagen und noch vor uns liegen. Wir wissen, warum die russischen Kapitalisten in diese Verträge gewilligt haben. Wir wissen zu welchen Bedingungen diese Verträge geschlossen worden sind. Die Mehrzahl dieser Kapitalisten schließt diese Verträge als Praktiker, als Kaufleute. Auch wir schließen sie als Kaufleute, aber jeder Kaufmann zieht im gewissen Grade die Politik in den Kreis seiner Berechnungen. Wenn dieser Kaufmann nicht einem ganz barbarischen Lande entstammt, so wird er mit einer Regierung keinen Handel schließen, wenn nicht gute Gründe für die Annahme sprechen, daß sie fest bleibt. Ein Kaufmann, der das nicht täte, wäre kein Kaufmann, sondern ein Dummkopf und deren gibt es unter den Kaufleuten durchaus nicht in erdrückender Majorität, weil die ganze Logik des Konkurrenzkampfes solche aus dem Kampffelde räumt. Wenn wir vorher so rechneten: hat Denikin dich geschlagen, so beweise, daß auch du ihn schlagen kannst, so ist jetzt die Berechnung keine andere: hat dich der Kaufmann geschlagen, so beweise, daß du ihn zu einem Handelsgeschäft bringen kannst. Wir haben das bewiesen. Wir besitzen schon eine Reihe von Verträgen, mit den bedeutendsten kapitalistischen Firmen Rußlands und Westeuropas. Wir wissen, was sie riskieren, sie wissen, was wir riskieren

(Schluß folgt.)

Die Mutter.

Sozialer Roman von Maxim Gorki.

58) Uebersetzt von Adolf Heß.

Er trat an die Mutter heran.

„Das ist — ein Verbrechen, Mutter! Der abscheulichste Mord von Millionen Menschen . . . Geistiger Mord . . . Verstehst du? Sie töten die Seele. Du siehst den Unterschied zwischen uns und ihnen. Hat von uns jemand einen geschlagen, so ist ihm das abscheulich, er schämt sich, es tut ihm weh . . . besonders ekelhaft. Jene aber töten Tausende, ruhig, ohne Erbarmen, ohne mit der Wimper zu zucken, töten mit Vergnügen, ja mit Wollust! Und sie töten nur deswegen alle und alles, um das Holz für ihre Häuser, Möbel, Silber und Gold, wertlose Papiere, all diesen jämmerlichen Schund, der ihnen Macht über die Menschen gibt, zu erhalten. Bedenke: nicht um ihrer selbst willen morden die Menschen ganze Völker hin und richten unzählige Familien zugrunde, nicht ihretwegen tun sie das, sondern ihrer Habe wegen . . . Sie sichern sich nicht innerlich, sondern äußerlich . . .“

Er ergriff ihre Hände, beugte sich nieder und schüttelte sie und sagte:

„Wenn du diese Abscheulichkeit und Schändlichkeit empfinden könntest, würdest du die Wahrheit unserer Lehre begreifen . . . würdest du einsehen, wie groß und hell sie ist!“

Die Mutter erhob sich erregt. Sie hätte am liebsten ihr Herz mit dem des Sohnes in eine Flamme zusammenbrennen lassen.

„Warte, Pawel . . . Warte!“ murmelte sie, schwer atmend. „Ich — bin doch auch ein Mensch! Ich fühle, verstehe . . . Du mußt Geduld mit mir haben!“

25.

In diesem Augenblick schob sich jemand in den Flur. Beide fuhren zusammen und sahen sich an.

Die Tür öffnete sich langsam, und gebückt und schwerfällig trat Rybin ein.

„Da bin ich!“ sagte er, erhob den Kopf und lächelte. „Unsereins zieht es überall hin, wo es gutes Futter gibt!“

Er trug einen Halbpelz, war über und über mit Birkenteer beschmiert, ging in Bastschuhen, an seinem Gürtel hingen schwarze Fausthandschuhe, und auf dem Kopfe trug er eine zottige Mütze.

„Geht's euch gut? Haben sie dich freigelassen, Pawel? So. Was machst du, Nilowna?“ Er lächelte breit und zeigte seine weißen Zähne; seine Stimme klang milder als früher, und sein Gesicht war noch dichter mit Barthaaren bewachsen.

Die Mutter trat erfreut auf ihn zu, drückte seine große, schwarze Hand und sagte, den gesunden Birkenteergeruch einatmend:

„Nun, das freut mich aber . . . Was machst du?“ Pawel lächelte und musterte Rybin.

„Kein übler Bauer! . . .“

Rybin legte langsam ab und sagte:

„Ja, nun bin ich wieder Bauer geworden. Aus euch werden allmählich Herren, ich aber gehe zurück . . . Ja!“

Er zog sein buntgestreiftes hanfleinenes Hemd zurecht, trat ins Zimmer, überflog es aufmerksam und erklärte:

„Reicher seid ihr nicht gerade geworden, das sieht man, aber Bücher sind hinzugekommen . . . Nun sagt, was macht das Geschäft?“

Er setzte sich nieder, pflanzte die Beine breit auf, stemmte die Handflächen auf die Knie und maß Pawel mit seinen dunklen Augen; er wartete gutmütig lächelnd auf eine Antwort.

„Das Geschäft geht munter vorwärts!“ antwortete Pawel.

„Wir säen und pflügen, verstehen nicht zu lügen, holen die Ernte ein, brauen ein Bierlein und schließen das Türlein — nicht wahr? Das ist fein, sehr fein!“ sagte Rybin.

„Willst du ein Gläschen Tee?“ fragte die Mutter.

„Trinke gern ein Glas und einen feinen Schnaps dazu . . . und wenn ihr mir zu futtern gebt, bin ich auch nicht abgeneigt. Freut mich, euch wieder mal zu sehen. Das ist die Sache.“

„Was macht ihr denn, Michailo Iwanowitsch?“ fragte Pawel, sich ihm gegenübersetzend.

„Es geht. Geht so ziemlich. Ich bin in Edilgejewo hängen geblieben, habt ihr davon gehört? Ein schönes Dorf. Zwei Märkte jährlich, über zweitausend Einwohner — ein böses Volk! Haben kein eigenes Land, pachten es; trauriger Boden. Ich habe mich bei einem Leuteschinder als Knecht verdungen, die Sorte gibt's dort, wie Fliegen am Aas. Wir brennen Birkenteer und Kohlen. Für meine Arbeit bekomme ich viermal so wenig Lohn und schuften muß ich doppelt soviel wie hier . . . Wir sind unserer sieben bei dem Schinder . . . lauter junge Burschen, alles Dortige außer mir . . . Können alle lesen, und der eine, Jefim, ist ein ganz Geriebener!“

„Na, unterhaltet Ihr Euch mit ihnen?“ fragte Pawel lebhaft.

„Ich schweige nicht gerade. Habe alle Flugblätter von hier mitgenommen — vierunddreißig Stück. Meistens aber arbeite ich mit der Bibel . . . da kann man tüchtig was herausholen. Das Buch ist schön dick, nicht verboten, und die Leute glauben gern daran.“

Er zwinkerte Pawel zu und fuhr dann lächelnd fort: „Aber das genügt nicht. Ich bin wegen Bücher zu dir gekommen. Wir sind da zu zweien, der Jefim ist bei mir. Haben Teer gebracht, na, haben dann einen kleinen Umweg gemacht und sind zu dir gefahren. Gib mir Bücher, ehe Jefim kommt . . . Der braucht nicht gar zu viel zu wissen . . .“

Die Mutter sah Rybin an, und es kam ihr vor, als hätte er mit seinem Jackett auch noch etwas anderes abgelegt. Er sah wieder solide aus, und seine Augen blickten verschlagener, nicht so offen wie früher.

(Fortsetzung folgt.)

Schlesische Rundschau.

[illegible]

Sozialdemokraten" mit ... [illegible] ... verschweigt ihren Lesern systematisch die jetzt in der „Roten Fahne" veröffentlichten Enthüllungen über die von den Freunden der SPD., den Sozialrevolutionären, angewandten Methoden gegen die Führer der russischen Revolution. Der Mord an unserem Genossen Uritzky genügt nicht. 1918 bedauerte der „Vorwärts"-redakteur Kuttner, daß bei den vielen Opfern des „Sozialismus" Gustav Noske Karl, Rosa, Radek und Kumpanei fehlten, heute, im Jahre 1922, bedauern die Herren Reinhold Dark und Ernst Zimmer, daß die Mordanschläge ihrer russischen Freunde gegen unsere Genossen Lenin und Trotzky keinen Erfolg hatten. Es ist wirklich eine bittere Ironie, dieselben Leute, die von 1914 bis 1918 nicht ein Wort des Protestes gegen die unerhörten Massenmorde, die auf Geheiß ihrer „Genossen", der Minister Wilhelm II., Scheidemann und Genossen, vorgenommen wurden, fanden, wollen sich heute zum Richter der Sowjetregierung aufwerfen. Wer so viel auf dem Gewissen hat, wie diese Herren, der soll lieber schweigen. Niemals haben die „Sozialdemokraten" ein Wort des Protestes gehabt gegen all den Terror, gegen all das viele Morden, das nicht auf Geheiß der Sowjetregierung, sondern auf Befehl der für die „Demokratie" kämpfenden Koltschak, Judenitsch, Denikin und Wrangel stattfand. Wo blieb ihr Protest gegen die Bluttaten eines Horthys, wo war ihr Protest bei der Erschießung Eugen Levinés, wo war ihr Protest bei den unerhörten Massenmorden, die auf Veranlassung ihres „Genossen" Hörsing vorgenommen wurden. Für einen aufrechten und ehrlichen Kämpfer, wie unser Genosse Max Hölz ist, hatten diese Kreaturen nur Hohn und Spott. Kein Wort des Protestes fanden sie, als ihr Genosse Radbruch die beiden spanischen Genossen der spanischen Klassenjustiz auslieferte. Immer haben sie geschwiegen, nur jetzt, wo man die Leute, die unsere russischen Genossen ermorden wollten und denen es nur durch einen Zufall nicht gelungen ist, protestieren sie, daß ihnen überhaupt der Prozeß gemacht wird, noch bevor überhaupt ein Urteil gesprochen ist.

Wir stellen noch einmal ausdrücklich fest, daß bei der Regierung der „Sozialisten" Kerensky und Skobeleff und des Monarchisten Miljukoff die Bolschewiki wie wilde Bestien verfolgt und wie Parias behandelt wurden, daß auf Geheiß der „Genossen" Afzentiew und Tschernow täglich und stündlich gefangene Rotarmisten und verhaßte Kommunisten nicht nur erschossen, sondern gemartert, gekreuzigt und hingerichtet wurden. Niemals hat die „Volkswacht" dagegen ein Wort des Protestes gefunden. Was gilt einem Dark das Leben eines Kommunisten? Immer wieder werden wider besseres Wissen diese unwahren Angriffe gegen Sowjet-Rußland wiederholt. Ist es nicht eine Schande, daß Männer wie Dark und Zimmer, die aus der Arbeiterklasse stammen, fortwährend Arbeiter gegen Arbeiter hetzen. Zwingende moralische Pflicht der in der SPD. organisierten Arbeiter ist es, dafür zu sorgen, daß die pflichtvergessene „Volkswacht" mit diesen unwahren und verlogenen Angriffen aufhört.

Die Tätigkeit des Wohnungskommissars.

Wie Proletarier behandelt werden.

Der Wohnungskommissar der Stadt Breslau ist bekanntlich eingesetzt, um das Wohnungswesen zu regeln. Er hat die Aufgabe, Bedürftigen Wohnungen zuzuweisen. Wie er diese Aufgabe erfüllt, zeigt folgender Fall.

Im Februar 1920 teilte der Arbeiter B. dem Wohnungskommissar mit, daß er eine Wohnung haben müsse, da er unmöglich mit seiner vierköpfigen Familie in einem Raum wohnen könne.

B. wurde vom Wohnungskommissar in die Liste der Wohnungsuchenden eingezeichnet und wartete nun geduldig auf die ersehnte Nachricht vom Wohnungskommissar.

Ein Jahr war verstrichen und B. hatte noch immer keine Wohnung. Er brachte sich deshalb dem Wohnungskommissar in Erinnerung und erhielt am 16. März 1921 den Bescheid, daß man ihm habe keine Wohnung zuweisen können, „da noch eine große Anzahl von Anträgen mit weit niedrigerer Eintragsnummer erledigt werden muß". Jedoch schrieb der Kommissar, er werde „bemüht bleiben", den Arbeiter „nach Möglichkeit zu berücksichtigen".

Als wieder einige Monate ins Land gegangen waren und der Arbeiter abermals beim Wohnungskommissar vorstellig wurde, gab man ihm denselben Bescheid wie im März vorigen Jahres.

Nun wandte sich der Arbeiter mit Beschwerden an den Regierungspräsidenten, in denen er gleich angab, daß eine Wohnung Fleischauerstraße 14 frei wird.

[illegible]

„Ich habe den Gesuchsteller als Bewerber für die Wohnung vorgemerkt. Sie werden demnach voraussichtlich berücksichtigt werden."

Jugendliche Arbeiterinnen und Arbeiter! Lehrmädchen und Lehrlinge Waldenburgs!

Die unterzeichneten Organisationen laden Euch hiermit herzlich ein zu der am 26. März 1922, vormittags 10 Uhr, im „Edelstein", Waldenburg, stattfindenden öffentlichen

Jugend-Demonstrations-Versammlung.

Zeigt durch zahlreichen Besuch, daß Ihr gewillt seid, einzutreten für ausreichenden Jugendschutz, für Abwehr gegen etwaige Angriffe auf den Achtstundentag.

Zahlreichen Besuch erwarten

Jugendkartell.

Arbeiter-Jugend. Kommunistische Jugend.

Parteigenossen und Zeitungsleser!

Wollt Ihr zugeben, daß die Regierung Euren Kindern eine 54stündige Arbeitszeit einsetzt? Wollt Ihr zugeben, daß die Kapitalisten der arbeitenden Jugend das letzte, was im Jugendschutz gewährt wird, rauben? Nein!! Dann sendet Eure Kinder zu dieser Versammlung.

Kommunistische Jugend Waldenburg.

Nun sollten endlich die Mühen und der Schweiß des Arbeiters belohnt werden, er würde wahrscheinlich im April eine neue Wohnung erhalten. Doch der Arbeiter hatte sich zu früh gefreut. Am 18. März erhielt er eine Postkarte folgenden Inhalts:

Der Wohnungskommissar der Stadt Breslau. (Aktenzeichen.)

Breslau, den 15. März 1922. Grünstraße 39.

Die Wohnung Fleischauerstraße Nr. 14 III kann ich Ihnen nicht zuweisen, weil sie schon anderweit vergeben ist; eine andere freie Wohnung kann Ihnen zurzeit nicht zugewiesen werden.

A. A.

gez. Luboschh.

Wie reimt sich dieses Schreiben mit dem Bescheid des Regierungskommissars zusammen? Da ist irgend etwas faul und es ist Sache des Wohnungskommissars, Aufklärung zu geben. Was aber wird aus dem Arbeiter? Soll er noch etliche Jahre mit seiner vierköpfigen Familie in einem Zimmer wohnen? Das macht dem Wohnungskommissar wenig Kopfzerbrechen. Ist es doch nur ein Proletarier. Der kann ruhig weiter in seinem Loche hausen. „Es sind keine Wohnungen da", damit ist der Wohnungskommissar fertig.

Weshalb werden nicht die Wohnungen der Reichen beschlagnahmt? Man sollte der Wohnungsnot nur energisch an den Kragen gehen, sollte die immer zahlreicher werdenden Kaffees schließen und sie zu Wohnungen umbauen, dann würde der Wohnungsnot viel eher gesteuert als durch die Tätigkeit eines Wohnungskommissars.

Arbeiter als Hüter des Besitzes.

Ein Genosse schreibt uns:

In Neukirch haben die Besitzer einen Nachtschutz gegründet zu dem Zwecke, ihr Eigentum des Nachts bewachen zu lassen. Diesem Nachtschutz hat sich — so unglaublich es auch klingen mag — ein großer Teil der hiesigen Arbeiterschaft angeschlossen, um des Nachts für die Besitzer drei Stunden mit einer Jagdflinte bewaffnet Dienst zu tun. Erst acht Stunden in der Fabrik und dann in der kalten Nacht die übrige Zeit für die Besitzer wachen, damit die Herrschaften ihr müdes Haupt von ihrer so anstrengenden Arbeit ausruhen zu können, oder wo anders die Nacht verbringen, auf Kosten der Arbeiter. Es ist bedauerlich, daß sich Arbeiter noch in solchen Organisationen betätigen, zumal es größtenteils Arbeiter sind, die der SPD. angehören, die mitunter kein Mittel scheuen, mit dem sie gegen ihre auf revolutionärem Standpunkt stehenden Klassengenossen vorgehen.

[illegible]

Lokales.

Breslau.

Städtische Schulkindergärten.

In die städtischen Schulkindergärten Georgenstraße 13, Gräbschener Straße 58, Hedwigstraße 6 und Berliner Straße 9 werden auch in diesem Jahre je 30 bis 40 schon im schulpflichtigen Alter stehende, aber noch nicht schulfähige und daher vom Schulbesuche zurückgestellte Kinder unentgeltlich aufgenommen. In den Schulkindergärten sollen die Kinder durch geeignete Pflege und Unterweisung für den späteren Schulbesuch, ähnlich wie es in anderen Städten der Fall ist, reif gemacht werden. Die Schulkindergärten sind im Sommer von 8 bis 12 Uhr und im Winter von 9 bis 1 Uhr zu besuchen. Mit Rücksicht auf den meist schwachen Gesundheitszustand werden die Kinder ärztlich überwacht.

Kinder, die Ostern 1922 schulpflichtig werden, aber wegen Schulunreife vom Schulbesuche zurückgestellt werden müssen, können schon jetzt zum Besuche der Schulkindergärten entweder bei der städtischen Schulverwaltung, Gartenstraße 3, Gartenhaus II, Zimmer 9a in der Zeit von 8 bis 3 Uhr, oder in dem nächstgelegenen Schulkindergarten in der Zeit von 9 bis 1 Uhr angemeldet werden.

Ein Pfund Kartoffeln 1,35 Mark.

Der beim Oberpräsidium gebildete Ausschuß zur Ermittelung der Kartoffelpreise hat in seiner Sitzung am 20. März 1922 einen Preis von 135,— Mark pro Zentner Speisekartoffeln ab Verladestation des Erzeugers für die Provinz Schlesien als angemessen festgesetzt.

Altwasser.

Beerdigung des Kollegen Peikert.

Zu einer imposanten Kundgebung gestaltete sich die Beerdigung des SPD.-Genossen J. Peikert, am vergangenen Sonntag. Peikert, der Vorsitzende des hiesigen sozialdemokratischen Wahlvereins, verunglückte auf dem Juliusschacht am Donnerstag zu Tode. Von Nah und Fern waren die Arbeiter herbeigeeilt, um ihm das letzte Geleit zu geben, ein Zeichen dessen, daß er bei der Arbeiterschaft sehr beliebt war. Für die Kameraden war Peikert immer bereit, ihr Recht zu vertreten, mochte es sein im Beruf, in freireligiöser Angelegenheit, Elternvereinigung usw. P. hatte sich in allen Sachen große Verdienste erworben. An der Beerdigung beteiligten sich die verschiedensten Korporationen, und solch eine Massenkundgebung wird wohl noch niemals in Altwasser gewesen sein, am allerwenigsten wird der katholische Geistliche eine solche Anzahl gesehen haben. Herr Prediger Buschmann und Reichstagsabgeordneter Franz hielten dem Entschlafenen die Grabrede.

Möge sich die Arbeiterschaft an dem Begräbnis des Kollegen Peikert ein Beispiel nehmen, möge sie sich an jeder Bewegung so beteiligen, wie es anläßlich der Beerdigung der Fall war, dann wird die weltliche Schule bald unser sein, und wir werden auf dem Wege zur Freiheit sehr bald vorwärts kommen. R. F.

Filmschau.

Im Oberthor-Lichtspielhaus, Weinstraße 53-55, wird der Großfilm „Das indische Grabmal" zur Vorführung gelangen. Aus Berliner Blättern ist zu ersehen, daß zweiundzwanzig Millionen in diesen Film investiert, daß ganze indische Städte aus der Erde gestampft worden sind, und daß ein Negativ dieses Riesenfilms eigens für Amerika hergestellt worden ist. Es ist tatsächlich Außerordentliches in diesem Film geleistet worden. Eine bisher kaum erreichte Szenerie wurde geschaffen, erstklassige Darsteller wurden gewonnen, Hagenbeck und der Zoo wurden zur Teilnahme herangezogen und alle Möglichkeiten der neuesten Filmtechnik wurden erschöpft. Jeder Besucher, der sich den ersten Teil des Films angesehen haben wird, muß bestätigen, daß hier tatsächlich ein eindrucksvolles, künstliches Indien geschaffen worden ist. Erinnert sei nur an das Schloß im See, an den Vogelgarten, die Büßergrotte, die Höfe und Türme des Palastes von Eschnapur usw. Mit welchen Mitteln die heutige Filmregie arbeitet, zeigte die Ausgrabung des Yoghi, der Empfang am Hofe von Eschnapur, und der atembeklemmende Gang durch die Tierzwinger. Allein schon dieses Ausleben einer grandiosen Filmregie ist wert, sich den Film anzusehen. Anschließend folgt noch ein tolles Lustspiel.

Verantwortl. Redakt.: Fritz Kitzel; Inserate: Max Bischocher. Verlag: Produktivgenossenschaft für die Prov. Schlesien, e.G.m.b.H. Druck: Büffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Schauspielhaus
Operettenbühne. Tel. R. 2585
Freitag 7½ Uhr: Das Hollandweibchen.
Sonntag nachm. 3½ Uhr: Die Faschingsfee.

Liebich-Theater
Täglich 7½ Uhr: Das grosse März-Programm

Odertor-Lichtspiele. Weinstraße 53 55
Von Freitag b. Montag: [illegible]
Das indische Grabmal — 2. Teil — Der Tiger von Eschnapur. Dazu: [illegible]

Halt! Wo kaufe ich meine [illegible] am billigsten? Im [illegible]

Staat und Revolution Von Lenin Preis 6,00 M.
Das kommunistische Manifest Preis 2,50 M.
Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft Abt. Buchhandlung.

Lesen, weitergeben!
Am Sonntag, den 26. März, vormittags 9 Uhr, findet im Saale des Hotels „Glückhilf", Niederhermsdorf eine große öffentliche
Bergarbeiter-Versammlung statt.
Tagesordnung:
1. Bergarbeiterlöhne und Kohlenpreise! Reichsmanteltarif für Bergarbeiter!
2. Freie Aussprache.
Referent: Kamerad Sobottka, Mitglied des Landtages.
Kameraden, in dieser Versammlung wird klar und deutlich aufgezeigt, wohin 3 Jahre Zentralarbeitsgemeinschaft geführt haben. Es wird auch gezeigt werden, welchen Weg die Bergarbeiter beschreiten müssen, um weiterer Verelendung zu entgehen. Die Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes wird eingeladen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Am Sonntag ist es Pflicht eines jeden Bergarbeiters, in dieser Versammlung zu erscheinen. Kamerad Sobottka ist selbst Bergmann und kennt Euer Los.
Kommunistische Partei Deutschlands Unterbezirk Waldenburg.
Erscheint in Massen!

Zahle für alle **Altmetalle** [illegible] Preis. [illegible]

Austrägerin ab 1. April 1922 für Schleiwitz gesucht. [illegible] Nikolaistraße 49/50.

Suche nach der Ziegelei Schäferhof in Soest (Westfalen)
2 Former
1 Aufkarrer
1 Einspetter für Wasserstrich
2 Mann im Lehmberg
2 Jungen (15—17 Jahre)
gegen hohen Lohn
Heinr. Voss, Ziegelei
Ziegelei Schäferhof in Soest Westfalen.

K · P · D
Kommunistische Partei Deutschlands
Bezirksleitung für Schlesien: [illegible]

Organisations-Kurse finden statt
[illegible]

Unterbezirk [illegible] Breslau, Nikolaistraße 49/50. Karl [illegible]

Ortsgruppe Breslau.

Büro: Nikolaistraße 49/50. Geschäftsstell. Ab 6 Uhr abds.

Freitag. In allen Distrikten Versammlungen. 7½ Uhr. Genossen und Genossinnen, es ist Pflicht, daß jeder den Distriktsabend besucht und pünktlich erscheint. Sehr wichtige Thema.

Sonnabend, 7 Uhr [illegible].

Distrikt 6. Unser nächster Distriktsabend findet am Freitag den 31. März 1922 statt.

Sonnabend, 7 Uhr [illegible].

Unterbezirk Waldenburg: Büro: Gottesberg, Schützenhaus [illegible]

[illegible] Am Sonnabend, den 25. März, abends 7½ Uhr, findet in [illegible] unsere Mitgliederversammlung statt. Alle Genossen müssen zur Stelle sein. [illegible]

[illegible] Sonntag, den 26. März, nachmittags [illegible] Uhr [illegible]

[illegible] Sonntag, den 26. März, vorm. 9½ Uhr, im „Kaiserkrone" [illegible] der kommunistischen Jugend. [illegible]

[illegible] Sonntag, den 26. März, nachm. 2 Uhr, [illegible] Thema: Was wollen wir Kommunisten? [illegible]

[illegible] Sonntag, den 26. März, vorm. 9½ Uhr, [illegible]

Genossen kauft nur in den Geschäften, die bei uns inserieren.

Wirtschaftliche Rundschau

Verlängerung der Arbeitszeit.

(In der „Deutschen Bergwerkszeitung", dem Organ der Zechenbarone, findet sich Tag für Tag die Hetze der Bourgeoisie in ihren Forderungen: „Die Forderung des Tages: Keine Lohnerhöhung ohne Mehrleistung!").

Das Kapital fragt nicht nach der Lebensdauer der Arbeitskraft. Was es interessiert, ist einzig und allein das **Höchstmaß von Arbeitskraft**, das in einem Arbeitstag flüssig gemacht werden kann. Es erreicht dies Ziel durch **Verkürzung der Dauer der Arbeitskraft**, wie ein habgieriger Landwirt gesteigerten Bodenertrag durch Beraubung der Bodenfruchtbarkeit erreicht.

Die kapitalistische Produktion, die wesentlich Produktion von Mehrwert, Einsaugung von Mehrarbeit ist, produziert also mit der **Verlängerung des Arbeitstages** nicht nur die Verkümmerung der menschlichen Arbeitskraft, welche ihrer normalen moralischen und physischen Entwicklungs- und Betätigungsbedingungen beraubt wird. Sie produziert die **vorzeitige Erschöpfung und Abtötung der Arbeitskraft** selbst. Sie verlängert die Produktionszeit des Arbeiters während eines gegebenen Termins durch Verkürzung seiner Lebenszeit.

Karl Marx („Kapital", 1. Band).

Was steht bevor?

Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft vom Ausland.

Sinnlos wäre es, wollten wir einen Blick auf den Zustand der deutschen Wirtschaft tun, ohne uns vor Augen zu halten, daß die deutsche Produktion in immer stärker werdendem Maße sich nicht nach dem Bedarf der im Inland wohnenden breiten Massen richtet, sondern immer mehr in Abhängigkeit von den Interessen des ausländischen Kapitals gerät. Die Interessen der fremden Kapitalgruppen an der Nutzbarmachung der deutschen Wirtschaft für sie ist verschieden, und verschieden sind auch die Formen, in denen sich diese Beeinflussung zeigt.

Die unaufhaltsam sinkende deutsche Währung führt eine Periode der Ausplünderung der deutschen Wirtschaft nach der anderen herbei. Aber der Währungssturz selber ist kein Hebel, er spiegelt nur den Auflösungsprozeß der deutschen Wirtschaft und der deutschen Finanzen wider. Er spiegelt die Zerrüttung der deutschen Produktionsmittel durch den Weltkrieg, die Verkleinerung der deutschen Rohstoffbasis durch den Friedensvertrag von Versailles, den Verlust von 2 Millionen arbeitsfähigen Männern auf den Schlachtfeldern, die Herabminderung der Arbeitsfähigkeit durch Kriegsbeschädigungen und durch Unterernährung wider, und er spiegelt zugleich wider, wie infolge der ungeheuerlichen Reparationslasten und der Unfähigkeit der heutigen Regierung, auch nur den geringsten Druck auf die Produktion auszuüben, ein Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und eine Gesundung der deutschen Finanzen immer mehr zur Unmöglichkeit wird.

Die Lage in den Industrien.

Eben der Einfluß, den auswärtige Interessen an der Entwicklung der deutschen Wirtschaft haben, läßt keine einheitliche Gestaltung der heutigen Wirtschaftslage Deutschlands zu. Und die miteinander streitenden politischen Tendenzen der deutschen Bourgeoisie werden klarer, wenn wir ganz kurz die Lage bei den einzelnen Industriezweigen betrachten.

Ganz allegemein ist in den letzten Monaten die Arbeitslosigkeit in Deutschland langsam auf mindestens 200 000 Proletarier heute angewachsen, fast überall sind die Aufträge zurückgegangen und der Export gerät ins Stocken. Das trifft vor allem zu für die Eisen- und Metallindustrie, wo die Ausfuhr auf ein Minimum zusammengeschrumpft und durch den starken Wettbewerb englischer, belgischer und französischer Kapitalisten besonders erschwert ist. In der Metall-Halbzeug-Industrie zeigt sich dasselbe Bild, und noch ungünstiger liegen die Dinge bei der Metallfertigwarenindustrie, die zwar für die nächsten zwei Monate noch voll beschäftigt ist, aber aus dem Auslande kaum noch Aufträge erhält und nicht nur über die französische, sondern in den letzten Wochen auch über die japanische Konkurrenz klagt.

In der Maschinenindustrie, bei den Lokomotivfabriken, in der Kraftwagenindustrie, auf den Werften, vor allem in der chemischen Industrie: überall ein ähnliches Bild; überall ein Stocken des Exports, überall die Klagen der deutschen Kapitalisten darüber, daß die deutschen Produktionskosten zum Teil höher seien als die im Ausland, daß ferner die Schutzzollmaßnahmen der verschiedenen Länder die deutschen Exportmöglichkeiten immer mehr beseitigen. Dies ist besonders der Fall bei der chemischen Industrie, deren Ausfuhr im vergangenen Jahre 10 bis 12 Prozent des Friedensexports ausmachte. Nicht nur die englischen und amerikanischen Zollschranken, sondern vielmehr das Aufkommen eigener chemischer Industrien in England, in Italien und jetzt auch in den Vereinigten Staaten hat der deutschen chemischen Industrie den Absatz auf den früher von ihr beherrschten Märkten unmöglich gemacht.

Aber nicht alle Industriezweige haben Anlaß zu solchen Klagen. Die Farbstoffindustrie beispielsweise hat auch in den letzten Wochen in Schweden, Norwegen, Dänemark und Holland, aber auch in Belgien und England größere Aufträge erhalten. Und von einem großen Auslandsgeschäft weiß vor allem die elektrotechnische Industrie — eine Ausnahme bildet die Schwachstrom-Elektrotechnik — zu reden. Unvermindert stark ist das Geschäft bei fast der gesamten Textilindustrie. Die Glas- und keramische Industrie, die Papierindustrie, das graphische Gewerbe, die Lederindustrie haben gleichfalls ungeheuerliche Aufträge erhalten, und viele Betriebe dieser Industriezweige sind fast bis zum Ende des laufenden Jahres voll beschäftigt.

Auf der Leipziger Messe waren es eben diese Industriezweige, die die besten Geschäfte abschlossen, und zwar zum erheblichen Teile Auslandsgeschäfte. Und es ist bezeichnend, daß diejenigen Industrien, die unmittelbar für den deutschen Inlandsbedarf arbeiten, vor allem die Nahrungs- und Genußmittelindustrie, durchweg eine Verschlechterung ihrer Lage konstatieren. In der Mühlenindustrie sind hier und da Arbeiterentlassungen vorgenommen, die Arbeitslosigkeit unter den Bäckern nimmt überall zu, die Fleischwaren- und Wurstfabriken können ebenfalls ihre Angestellten nicht voll beschäftigen, in den Margarine- und Ölfabriken sind vielfach Arbeiter entlassen worden. Die Tabakindustrie hat gleichfalls, und zwar in den verschiedensten Teilen Deutschlands, in großem Umfang Arbeiter entlassen, und nicht nur mittlere Betriebe, sondern auch schon Großfabriken liegen teilweise oder gänzlich still.

Was zeigt die wirtschaftliche Lage?

Es sind ganz verschiedene Tendenzen, die sich in der geschilderten Lage der einzelnen Industrien widerspiegeln.

1. Zunächst zeigt sich, und das gilt vor allem für die Metall- und Maschinenindustrie, daß die Hochkonjunktur, die sich auf dem Marksturz vom vergangenen Herbst aufbaute, immer mehr im Abflauen ist.

2. Außerdem aber zeigt die Lage anderer Industrien, insbesondere der Textil-, der Farbstoff- und der elektrotechnischen Industrie, daß im Zusammenhang mit der neuen Markentwertung der letzten Wochen eine neue Ausverkaufsperiode eingesetzt hat.

3. Schließlich aber zeigt das Wirtschaftsbild, wie die steigenden Produktionskosten in Deutschland, die Annäherung der deutschen Preise an die Weltmarktpreise, zu einer unmittelbaren Gefahr für große Teile der deutschen Industrie wird. Mögen die Klagen einzelner Kapitalisten über die immer niedriger werdenden Produktionskosten im Auslande übertrieben sein, mögen sie dazu bestimmt sein, die deutsche Arbeitskraft noch billiger zu machen, als sie heute schon ist: soviel ist klar, daß in der Tat die Möglichkeit, den ausländischen Konkurrenten durch Schleuderpreis zu unterbieten, in den letzten Monaten und Wochen immer geringer geworden ist.

Wie die deutsche Bourgeoisie die Gefahr einschätzt.

Eine von der „Nationalbank für Deutschland" kommanditierte Firma hat vor kurzer Zeit eine Broschüre „Ausblick, eine wirtschaftspolitische Betrachtung zur Jahreswende 1921/22" herausgegeben, die sich sehr ernst mit diesen Dingen befaßt und hinter der zweifellos einflußreiche deutsche Kapitalgruppen stehen, die zum Teil im Stinneskonzern zu suchen sind. Es heißt hierin über die Bedrohung der deutschen Konkurrenzmöglichkeiten auf dem Weltmarkt folgendermaßen:

„Wir exportieren und kaufen je nach Vermögen industrielle Rohstoffe, freilich kaum Fertig-Erzeugnisse. Wenn aber ausländische Fabrikate jemals billiger werden sollten als heimische Erzeugnisse, werden auch gesetzliche Maßnahmen kaum in der Lage sein, die deutsche Produktion zu schützen.

Ob und wann dieser Fall eintritt, hängt nicht allein von der Valutagestaltung ab. Von großer Einwirkung dürfte auch der technische Zustand unserer Produktionseinrichtungen sein, durch den die Höhe der Unkosten im wesentlichen bedingt wird.

Da die Belastung der deutschen Wirtschaft durch Steuern in den nächsten Jahren sich steigern dürfte, wird die Wettbewerbsfähigkeit unserer Erzeugnisse auf dem Weltmarkte schließlich nicht mehr von dem deutschen Unkostenquotienten, sondern der Gestaltung der Preislage am Weltmarkt abhängen. Diese Sorge muß um so größer sein, als die Entente, wie schon jetzt zu erkennen ist, bewußt zwei Ziele verfolgt: Besserung der Valuta und Steigerung der deutschen Unkosten. Dahin zielen die in Cannes aufgestellten Bedingungen und Kontrollvorschriften.

Es besteht also die Möglichkeit, daß die Produktionskosten des Auslandes auf die Dauer billiger als die unseren werden und die Valuta nicht mehr als Exportprämie und Schutzzoll zu wirken vermag. Dann wird der Wettbewerb ausländischer Fabrikate auch auf deutschen Märkten spürbar sein, trotz aller Einfuhrverbote, die sich ja schließlich immer nur auf Luxuserzeugnisse beziehen können. Die Wirtschaftskrise, unter der bislang die Welt zu leiden gehabt hat, wird über Deutschland hereinbrechen und alle jene Wirkungen zeitigen, die wir in Großbritannien und den Vereinigten Staaten zu beobachten in den vergangenen Monaten ausgiebig Gelegenheit hatten."

Wie die deutsche Bourgeoisie Rettung sucht.

Es ist selbstverständlich, daß die deutsche Bourgeoisie, die diese Gefahren heraufkommen sieht, den Versuch macht, diese Bedrohung zu überwinden, und in der genannten Broschüre wird vor allen Dingen darauf hingewiesen, daß der technische Zustand der deutschen Produktionsmittel von entscheidender Bedeutung ist, daß alles darangesetzt werden muß, die Werkanlagen technisch zu vervollkommnen, um mit dem Ausland konkurrieren zu können.

Die Existenz der deutschen Bourgeoisie hängt davon ab, daß in größerem Umfange eine Reproduktion in Deutschland wieder ermöglicht wird, daß neue Betriebe, neue Schächte gebaut, alte Maschinen durch neue ersetzt, die Produktivität in der Industrie wie in der Landwirtschaft gehoben wird. Diese Hebung der Produktivität soll aber Hand in Hand gehen mit einer Verbilligung der Produktionskosten in Deutschland. Jede Konkurrenzmöglichkeit ist ausgeschlossen, falls die deutschen Preise über die Weltmarktpreise hinausklettern sollten. Aus verschiedenen Gründen ist die Lage der deutschen Bourgeoisie viel schwieriger als für das Ausland. Einmal darum, weil viele deutsche Kapitalisten beim Bezug von Rohstoffen abhängig sind vom Ententekapital, zweitens, weil in Deutschland seit Jahr und Tag eine Reproduktion nur im unzureichenden Maße stattgefunden hat, drittens, weil aus der deutschen Wirtschaft ungeheuerliche Reparationleistungen herausgeholt werden sollen. Es ergibt sich daraus, daß die deutsche Bourgeoisie mit dem bisherigen Mittel, das deutsche Proletariat auszubeuten, nämlich der Bezahlung der deutschen Arbeitskraft tief unter ihrem Wert, noch nicht auskommt. Sie kann die Ausbeutungsrate des deutschen Proletariats nur vergrößern durch vermehrte Akkordarbeit des Proletariats und durch Beseitigung des Achtstundentages.

Was das Proletariat zu tun hat.

In Wirklichkeit liegen die Gefahren, die in der heutigen Lage für die Entwicklung der deutschen Wirtschaft bestehen, noch viel schwerer, als die deutsche Bourgeoisie es zugibt. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß es dem englischen oder französischen, oder amerikanischen Kapital, hinter dem ein politischer und militärischer Machtapparat von Weltbedeutung steht, gelingen wird, große Teile der deutschen Industrie, die für sie Konkurrenten sind, vom Weltmarkt auszuschalten. Es droht also dem deutschen Proletariat nicht nur eine schrankenlose Ausbeutung durch die Bourgeoisie, sondern die Gefahr einer riesenhaften Arbeitslosigkeit. Und die übrigen Teile der deutschen Industrie werden nur deswegen arbeiten, weil die dort beschäftigten Arbeiter vom Ententekapital als Lohndrücker des gesamten internationalen Proletariats ausgenutzt werden können.

Wenn das deutsche Proletariat gegen die Ausplünderungsversuche der deutschen Bourgeoisie den hartnäckigsten Widerstand leistet, so nicht nur zu dem Ziel, diese Vergrößerung seiner Ausbeutung für heute zu verhindern, sondern zugleich die Garantie dafür zu schaffen, daß die Gefahren, die heute drohen, nicht morgen in noch unheimlicherem Ausmaß vor ihm stehen. Streiks um höheren Lohn, Abwehrkämpfe gegen die Beseitigung des Achtstundentages, gegen die vermehrte Akkordarbeit, gegen Entlassung von Arbeitermassen werden nur dann erfolgreich sein, wenn das Proletariat daran geht, um endlich die Entwicklung der Wirtschaft in ein gesundes Fahrwasser zu bringen, die politischen Voraussetzungen dafür zu schaffen. Die geplante große Offensive des Kapitals gegen das deutsche Proletariat soll die Bourgeoisie nicht nur wirtschaftlich stärken, sondern auch ihre politische Machtposition den breiten Massen gegenüber ungeheuerlich erweitern. Die erste Voraussetzung für eine Besserung der Lage ist die Bildung einer Arbeiterregierung, sie bedeutet den Anfang der proletarischen Herrschaft über die deutsche Produktion und der Rationalisierung der deutschen Wirtschaft, sie bedeutet zugleich den Anfang des proletarischen Kampfes gegen die Ausbeutung der deutschen werktätigen Massen und die Ausplünderung der deutschen Wirtschaft durch das Ententekapital.

A. Friedrich.

Die Erwerbslosigkeit in Europa.

Von je 1000 Arbeitern sind erwerbslos:

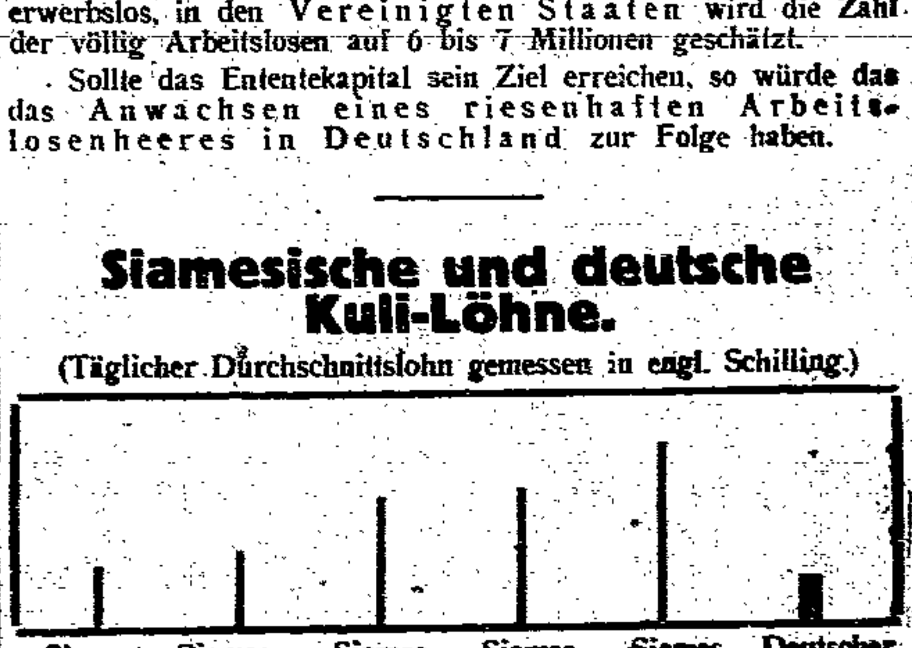
Es ist die Absicht des Ententekapitals, durch systematischen Abbau der Produktionskosten, andererseits durch Verteuerung der deutschen Produktionskosten, die deutsche Schleuderkonkurrenz auf dem Weltmarkte zu beseitigen. Die Ententekapitalisten hoffen, dadurch die Absatzkrise etwas zu mildern und die Arbeitslosigkeit, von der heute in der Welt fast zwölf Millionen Proletarier betroffen sind, zu verkleinern.

Unser Schaubild zeigt, in welchem Maße die Arbeitslosigkeit in den verschiedenen europäischen Ländern angewachsen ist. Ueber die absolute Zahl der Arbeitslosen-Heere sagt das Bild natürlich nichts. In England sind 1,93 Millionen, in Schweden mehr als 100,000, in der Schweiz etwa ebensoviel, in Schweden etwa 50,000 Proletarier vollkommen erwerbslos, in den Vereinigten Staaten wird die Zahl der völlig Arbeitslosen auf 6 bis 7 Millionen geschätzt.

Sollte das Ententekapital sein Ziel erreichen, so würde das das Anwachsen eines riesenhaften Arbeitslosenheeres in Deutschland zur Folge haben.

Siamesische und deutsche Kuli-Löhne.

(Täglicher Durchschnittslohn gemessen in engl. Schilling.)



Der ostasiatische Kuli gilt in der ganzen Welt als die billigst bezahlte Arbeitskraft, die es gibt. Das trifft heute nicht mehr zu, im Weltmarktmaßstab gemessen ist heute die Arbeitskraft des deutschen Arbeiters wesentlich billiger als die des chinesischen oder siamesischen Kulis.

In den „Weltwirtschaftlichen Nachrichten" vom 15. März sind die Löhne siamesischer Arbeiter zusammengestellt. Danach bekommt heute ein Plantagen-Kuli mindestens 1 Tikal am Tag, ein siamesischer Segelmacher 1,25 Tikal, ein siamesischer Zimmermann 2 Tikals, ein siamesischer Kesselschmied 2,35 Tikals, ein siamesischer Maschinenbauer 3 Tikals.

Ein Tikal ist heute mehr wert als zwei englische Schilling. Zwei englische Schilling aber sind nach der heutigen Valuta ebenso viel wie 130—140 deutsche Papiermark. Nach den letzten Aufstellungen des ADGB. beträgt der Lohn der deutschen Metallarbeiter für den Tag durchschnittlich 100 Mark. Der deutsche Metallarbeiter wird also wesentlich schlechter bezahlt als der siamesische Plantagenkuli, sein Berufskollege in Siam erhält einen fünf mal höheren Lohn.

DLV.-Bürokratie auf dem Kriegspfade gegen Kommunisten.

[illegible] wenn die [illegible] Bürokraten in [illegible] sind, im besonderen [illegible] die Interessen des Proletariats [illegible], immer wenn sie befürchten, daß das Proletariat sich [illegible] sie [illegible], glauben sie durch einen [illegible] gegen die Kommunisten ihre Position retten zu können. So war es bei den „[illegible] über die Märzaktion" gegen die [illegible] des Proletariats, so ist's auch heute gegen die [illegible] einheitliche Kampffront des Landproletariats. Mit einem vier Seiten umfassenden Flugblatt tritt der Hauptvorstand des Deutschen Landarbeiter-Verbandes an die Landarbeiter heran, um in schmutzigster Weise die Kommunisten zu verleumden.

Das Flugblatt ist überschrieben: „Die Kommunisten und die Landarbeiter". Im Stile der landbündlerischen Großagrarier wird gelogt:

„Mit blendenden Verheißungen nahen sie (die Kommunisten, d. Red.) sich dem unkundigen Landarbeiter. In den Städten haben sie abgewirtschaftet. (!) In ihren ehemaligen Hochburgen, in Mitteldeutschland und Ruhrgebiet verlieren sie ständig an Boden, nachdem sie ihre Anhänger und tausende von Arbeitern in ein namenloses Unglück gestürzt haben. Gewissenlos und unverantwortlich entfesselten sie einen Putsch nach dem andern. Der Reaktion, die nach der Revolution ohnmächtig am Boden lag, bahnten sie neue Wege."

Die Bürokratie des DLV. scheint den Landarbeitern ein sehr schlechtes Gedächtnis zuzutrauen, ist doch bald jedem Kind im Bewußtsein, daß die Noske, die Hörsing, die Schlächter des Proletariats sind, daß sie der monarchistischen Offiziersclique alle Macht in die Hände spielten, daß die Sozialdemokraten durch ihre Arbeitsgemeinschaftspolitik die reaktionären Organisationen, sowohl politisch wie wirtschaftlich, stärkten. Hier sei nur auf einen Ausspruch des sozialdemokratischen Ministers Otto Braun, der von der Sozialdemokratie auch „Minister der Landarbeiter" genannt wurde, hingewiesen. Er führte in der Preußischen Landesversammlung am 11. Januar 1921 aus, er habe sich stets bemüht, überall in allen Provinzen einheitliche Arbeitgeber-Organisationen zusammenzubringen. Also, der Sozialdemokrat Braun ist Geburtshelfer des reaktionären Landbundes, des stärksten Feindes der Landarbeiter! Diese Burschen erdreisten sich zu schreiben:

„Die Grundherren sahen voller Schrecken das Erwachen und Erstarken der Landarbeiterbewegung. Ihnen kam plötzlich Hilfe von den Kommunisten."

Wie hier die Tatsachen auf den Kopf gestellt werden von der Bürokratie des DLV., so auch, wenn sie sagen, die Kommunisten hätten den Verband zerschlagen durch Gründung des Freien Landarbeiter-Verbandes in Mitteldeutschland und in Ostpreußen. Die Untätigkeit, der Verrat der Gewerkschaftsbürokratie war es, der die Landarbeiter aus der Organisation brachte und sie zum Zusammenschluß im freien Landarbeiter-Verband zwang. Den DLV.-Leitern ist, entgegen ihren lügnerischen Behauptungen bekannt, daß gerade die Kommunistische Partei es war, die seit Bestehen des Freien Landarbeiter-Verbandes versuchte, diesen geschlossen wieder zum DLV. zurückzubringen. Daß dies bis heute noch nicht gelungen ist, ist Schuld der Schmidt und Jaaß, die immer wieder aufs neue die Mitglieder provozierten, indem sie kommunistische Angestellte, die das Vertrauen der Landarbeiter besaßen, maßregelten und so immer wieder neue Kreise vom Verband absprengten.

Der Hauptvorstand des DLV. ist anscheinend der Ansicht, daß er sich selbst ohrfeigen muß, indem er schreibt: „Da die Kritiker und Allesbesserwisser auch keine Landarbeiter sind, sind sie auch nicht Mitglieder des Deutschen Landarbeiter-Verbandes".

Der Hauptvorstand hätte hier dazu sehen müssen, daß weder er, noch der allergrößte Teil der Angestellten der DLV. Landarbeiter sind. Aber nicht das ist's, auf was Wert zu legen ist, sondern das, wie ihre Gewerkschaftspolitik aussieht.

Da die DLV.-Bürokratie sachlich nichts zu sagen weiß gegen die Kommunisten, gröhlt sie wie eine hysterische Nonne. Um die blutrünstigen Kommunisten zu kennzeichnen, heißt es in dem Flugblatt:

„Wäre es nach ihnen gegangen, und hätten andere den zweifelhaften Mut besessen, den sie selbst nicht aufbrachten, dann würden schon viele Großgrundbesitzer und Geistliche gesegnet und als abschrecken- und hängendes Beispiel die Bäume der Landstraße vermaßaltet haben".

Diese Mühe können wir dem Georg Schmidt zugute halten. Er beliebt aber am Schlusse seines Flugblattes zu [illegible] Lügen zu greifen. Er erzählt von einem Landbund-[illegible] Kampf, der früher für den DLV. tätig war, daß er ganz im kommunistischen Fahrwasser schwimmend, die Kollegen des Kreises Schlochau in einen Streik hineinjagen wollte, und nachdem ihm dies mißlungen, ist er zum Landbund [illegible]. Uns ist ein derartiger [illegible] nicht bekannt. [illegible] der DLV. auf [illegible], [illegible] die KPD. [illegible] Ferner [illegible] einem gewissen [illegible] aus der [illegible], der ebenfalls beim Landbund landete. [illegible] im Kreise [illegible], der [illegible] geworden ist, [illegible]

[illegible] ist niemals Mitglied der KPD. gewesen. [illegible] zu gleicher Zeit Mitglied der SPD. und [illegible]. [illegible] Tatsache [illegible] die KPD. [illegible]

[illegible] 5000 Mark von [illegible]

In den [illegible] ganz [illegible] weiter [illegible] Seine [illegible] sich [illegible] Offenburg [illegible] bekannt ist, daß er niemals der Kommunistischen Partei [illegible] hat.

[illegible] gesagt [illegible] Daß [illegible] mit derartigen Mittelchen gegen [illegible]. Sollte es ihm belieben, so werden wir ihm ein [illegible] mit etwas [illegible] und [illegible] Material unterbreiten über das Thema: „Korruption".

Was denkt der Aufsatz der Schmidt und Jaaß? Der werden eine ganze Reihe von Tarifen [illegible], die eine wesentliche Verschlechterung der Lage der Landarbeiter bringen. Die Landarbeiter sehen, daß ihnen die Arbeitsgemeinschaft nichts hilft, daß sie kämpfen müssen! Aber die Verbandsleitung des DLV. sabotiert den Kampfwillen der Landarbeiter. Der Hauptvorstand Georg Schmidt hat unterschriftlich sich verpflichtet, sich für das sogenannte „Hilfswerk der Landwirtschaft" einzusetzen, in dem als Voraussetzung gefordert wird von der Regierung: Schutz vor Produktionsstörung. Georg Schmidt müßte also der Regierung empfehlen: Streikende Landarbeiter durch Technische Nothilfe, durch Sipo niederknütteln zu lassen. Seine Politik ist die Politik der Junker, der Großgrundbesitzer, darum gegen die Landarbeiter!

Georg Schmidt wird sich täuschen, wenn er glaubt, durch seine schmutzigen Anwürfe gegen die Kommunisten das zunehmende Zutrauen der Landarbeiter zur KPD., zum revolutionären Kampf unterbinden zu können! Wie in den Städten, so auch auf dem Lande wird der Einfluß der Kommunisten trotz des Verleumdungsfeldzuges der kapitalistischen Lakaien täglich zunehmen!

Gewerkschafts-Bewegung.

Die „Deutsche Straßen- und Kleinbahner-Zeitung" zum letzten Eisenbahnerstreik.

Ein Straßenbahner macht uns auf sehr langatmige Ausführungen in der „Deutschen Straßen- und Kleinbahner-Zeitung" über den letzten Eisenbahnbeamtenstreik mit der Ueberschrift „Polnische Wirtschaft" aufmerksam.

Es ist betrübend zu sehen, wie der betreffende Artikelschreiber, politisch scheinbar ein Anhänger der SPD., jedes Verständnis vermissen läßt nicht nur für eine Solidarität mit den Kollegen von der Reichseisenbahn, sondern auch für tiefere Grundlagen und die Bedeutung des Streikes.

In der leichtsinnigsten Weise wird von den streikenden Eisenbahnern gesagt: „Es ging gegen die Regierung, es war ein verkappter Kapp-Putsch". Die Kollegen werden also, trotzdem sie in einem wirtschaftlichen Existenzkampf standen, der doch wohl von jedem notleidenden Straßenbahner völlig verstanden wird, als Kappisten beschimpft. Es wird systematisch ein Keil hineingetrieben, der die Beamten naturnotwendig nur um so sicherer nach rechts und links auseinanderreißen muß.

Wir verkennen nicht, daß eine große Anzahl Eisenbahnbeamten bisher rechts orientiert waren. Aber grade die Tatsache ihres Streikes bedeutete für uns einen solchen erfreulichen Schritt nach links, daß gerade die Freigewerkschaftlichen alle Ursachen hatten, durch Beweise der Solidarität diesem Schritt weitgehendsten Erfolg zu verschaffen. Wenn statt dessen aber die Gewerkschaftspresse von der linken Seite die streikenden Eisenbahnbeamte als Kappisten verdächtigt — ganz abgesehen von den sozialdemokratischen Leistungen des berüchtigsten Ebertinischen Erlasses und des Richterschen Streikkassendiebstahls — dann ist das verantwortungslos gehandelt, denn gerade diese Methode jagt am sichersten die zaghaft nach Mitteln des Klassenkampfes tastenden Eisenbahnbeamten nach rechts zurück.

Und wenn in diesem Zusammenhang in dem betreffenden Artikel geringschätzend festgestellt wird: „An der Seite der Streikenden standen diesmal nur die Kommunisten" — so ist das für uns ein ehrendes Zeichen dafür, daß wir allein unsere Pflicht getan haben, das langsam erwachende Klassenbewußtsein bei den Eisenbahnbeamten weiter zu entwickeln.

Wenn der Artikelschreiber zwischen den Zeilen die Kommunisten und Deutschnationale in Bezug auf den Streik in einen Topf zu werfen sich bemüht, dann sei es ihm nur gesagt: Erstens gibt es schon an und für sich zwischen Deutschnationale und Kommunisten nur die denkbar schärfsten politischen Gegensätze, zweitens haben gerade die Deutschnationalen bewiesen, daß sie durch das Verlangen nach der schamlosesten Rachepolitik gegen die Streikenden nicht nur den Streik nicht gebilligt haben, sondern ihn direkt durch ein kapitalistisches Scharfmachertum bekämpfen wollten.

Der Gipfel des Unverständnisses von den politischen und wirtschaftlichen Grundlagen und Zusammenhängen wird aber in folgendem Satz erreicht:

„Es ist ja nicht wahr, daß die streikenden Lokomotivführer für allgemeine Arbeiterinteressen eintraten."

Wir meinen, selbst dem Beschränktesten sollte es doch klar sein, daß wenn erstmal — um nur einen Fall herauszugreifen — den Eisenbahnbeamten der Achtstundentag vorgenommen worden ist und die fünfzehnstündige Arbeitszeit Einzug hält, gerade die Straßenbahner, und nach diesen alle übrigen Lohn- und Gehaltsempfänger, es sein würden, die dasselbe Schicksal treffen müßte. Wenn also die Eisenbahnbeamten gegen das Arbeitszeitgesetz gekämpft haben, so ging ihr Kampf letzten Endes auch um die Interessen eines jeden Beamten, Angestellten und Arbeiters.

Um gegen den Verfasser des Artikels nicht ungerecht zu sein, wollen wir registrieren, daß er immerhin in Eberts Streikausnahmegesetzen gegen die Streikenden eine Provokation sieht und auch für das Streikrecht der Beamten ist, weil ein Koalitionsrecht ohne Streikrecht ein Messer ohne Klinge sei.

Es muß die Aufgabe der Kommunisten in den Gewerkschaften sein, für die Zusammenfassung aller gewerkschaftlichen Einzelkämpfe im Interesse der gesamten proletarischen Klasse zu wirken.

Mitgliederversammlung des DEV. Oels.

Durch die dauernde steigende Teuerung bemächtigte sich eine große Erregung der Oelser Eisenbahner. In zwei Funktionär-Versammlungen nahmen sie zu den Verhältnissen Stellung und wählten die Kollegen Thiele, Selge und Kaiser als Abordnung zur Bezirksleitung nach Breslau.

Am 15. März fand nun eine Mitgliederversammlung statt, zu der die Kollegen Fächer und Remmers aus Breslau erschienen waren. Fächer hielt das Referat und meinte, daß die Instanzen [illegible] keinerlei Schuld am Verlauf des Streiks haben. Er meint, man wolle versuchen, für Oels noch etwas herauszuholen. Ob es gelingen wird, ist eine andere Frage(!)

Kollege Remmers meint, wer erst die Verhandlungen [illegible] kennt, wird überzeugt sein, daß nicht so leicht etwas herauszuholen ist.

In der Diskussion zeigte sich, daß die Oelser Kollegenschaft nicht die Meinung der Breslauer Gewerkschaftsführer teilt.

Kollege Kaiser weist nach, daß Hauptvorstand und Bezirksleitung, seine Lohnbewegung die Schuld an den jetzigen Zuständen tragen. Es wurde erklärt, es solle gehandelt werden.

[illegible]

[illegible]

[illegible]

Generalversammlung des Konsumvereins für das niederschlesische Industriegebiet.

1000 Mark für die Rußlandhilfe.

Am Sonntag tagte im [illegible] in [illegible] die halbjährliche Generalversammlung des Allgemeinen Konsum-Vereins für das niederschlesische Industriegebiet. Tagesordnung war folgende: 1. Geschäftsbericht vom verflossenen halben Geschäftsjahr, 2. Revisionsbericht, 3. Anträge, 4. Genossenschaftliches. Zum 1. Punkte referierte erster Geschäftsführer Thiele. Er zeigte an Hand von Zahlenmaterial, daß der Umsatz dauernd im Steigen begriffen ist, daß sich die Bäckerei als zu klein erweist, ebenso das Lagergebäude. Auch führte er durch Angabe von Zahlen den Anwesenden die neuen Einkaufspreise der notwendigsten Lebensmittel vor Augen.

Im zweiten Punkt bewilligte die Versammlung den Bau eines neuen Backofens, der ungefähr 90 000 Mark kostet. Ebenso wurde der Erweiterungsbau des Lagerhauses beschlossen, der einen Kostenaufwand von 1 000 000 Mark erfordert. Zu diesem Zweck soll eine Anleihe aufgenommen werden. Es wurden bei dieser Gelegenheit alle Genossenschaftler aufgefordert, ihr Geld mehr als bisher der Genossenschaft zur Verfügung zu stellen, dann wird es ein Leichtes sein, die neuen Aufgaben zu erfüllen.

Zum dritten Punkt las Kamerad Herrmann die Anträge, die Genosse Vogt eingereicht hatte, vor, die lauteten: 1. 5000 Mark für Rußlandhilfe zu bewilligen; 2. sämtliche Veröffentlichungen in der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung" zu erfolgen haben. Der zweite Antrag wurde nicht zur Diskussion gestellt, da er einer Statutenänderung bedurft hätte. Es liegt an uns, bei der nächsten Generalversammlung dieses durchzudrücken. Zur Begründung des ersten Antrages wurde Genossen Vogt das Wort erteilt. Genosse Vogt begründete kurz diesen Antrag, appellierte nicht nur an das menschliche Gefühl, sondern auch an die proletarische Solidarität. Die erfordert, daß wir unseren bedrängten Brüdern in Rußland helfend beispringen. Dieser Antrag brachte eine lebhafte Diskussion zutage. Die Verwaltung brachte einen Vorschlag, der lautete, 1000 Mark für Rußland und 1000 Mark für Oppa zu bewilligen. Dieser Antrag wurde auch mit Stimmenmehrheit angenommen. Nach vorgerückter Stunde schloß nach Vorlesung des Protokolls Genosse Seliger die Versammlung. Es wäre zu wünschen gewesen, daß die Versammlung besser von unseren Genossen besucht worden wäre.

F. B.

Das Verbrechen an den Eisenbahnern.

Unter dem Titel: „Das Verbrechen an den Eisenbahnern, der Februarstreik und seine Lehren" ist im Viva-Verlag eine Broschüre des Genossen Paul Fröhlich erschienen, die eine genaue Darstellung der Vorgeschichte des Streiks selbst und seiner Lehren gibt. In erschütternden Zahlen zeigt die Broschüre das würgende Elend, das die Eisenbahner, die bisher treuesten Stützen des Staates, gezwungen hat, sich gegen die Regierung zu erheben. Die nackten Zahlen machen der bürgerlichen Legende ein Ende, als seien die Eisenbahner die bestbezahlten Beamten der Ebertrepublik gewesen. In flammenden Worten geißelt der Verfasser die Schmach der Ebertverordnung, die es gewagt hat, die Grundrechte der Arbeiterschaft, das Koalitions- und Streikrecht anzutasten und die Gewerkschaftskassen der Raubgier der Bourgeoisie preiszugeben. In einem Anhang: „Dokumente" sind die Schmachverordnungen Eberts und seines Polizeipräsidenten Richter wörtlich wiedergegeben. In dem Abschnitt „Die Lehren des Streiks" kritisiert Genosse Fröhlich die Haltung der Parteien; er zeigt den Verrat des ADGB., der zum Streikbruch aufrief; er zeigt die unentschlossene, schwankende Haltung der Unabhängigen, die es nicht über sich gewannen, sich bedingungslos hinter die Streikenden zu stellen. Nur die Kommunisten waren es, die — wie ihre Aufrufe es zeigen — sich solidarisch mit den kämpfenden Eisenbahnern erklärt haben.

Der Eisenbahnerstreik war, obwohl aus den wirtschaftlichen Nöten der unteren und mittleren Beamtenschaft geboren, ein politischer Kampf. Die Regierung hat ihn dazu gemacht, indem sie mit den Machtmitteln des Staates auf die Arbeitseinstellung antwortete. Es gilt, die Lehren aus dieser ersten Erfahrung des Beamtenstreiks zu ziehen; es gilt, ganz klar zu sagen, daß das Proletariat bei den mit der fortschreitenden Teuerung unvermeidlich sich wiederholenden Kämpfen auf den politischen Angriff der Bourgeoisie mit politischen Mitteln antworten muß. Genosse Fröhlich schließt darum mit Recht:

„Die Eisenbahner lehrt der Streik: Um Eures Lebens willen müßt Ihr den politischen Charakter Eurer Kämpfe erkennen und wollen.

Die Arbeiterklasse lehrt er: In Kämpfen, wo so Hohes auf dem Spiele steht, in Kämpfen, die politischen Charakter haben, dürft Ihr nicht zögern. Dann gehört Ihr in die Front hinein.

Beamte und Arbeiter müssen sich fest zusammenschließen, sich stützen aufeinander, sich miteinander verschweißen. Denn sie beide bilden das Proletariat."

Das Ziel der kommenden Kämpfe, das Ziel, das im Eisenbahnerstreik von den Kämpfenden nur erst undeutlich erkannt wurde, ist die Arbeiterregierung, die Regierung, zusammengesetzt aus Beamten, Angestellten und Arbeitern. Nur sie vermag das Leben der Beamten und Arbeiter zu sichern, das heute der Zerfall des kapitalistischen Staates und der Wirtschaft bedroht.

Die Broschüre ist nicht nur für die Eisenbahner bestimmt, sie ist bestimmt für alle die, die im Dienst des kämpfenden Proletariats stehen, die aus den vergangenen Kämpfen lernen wollen, damit sie für die Zukunft besser gerüstet sind.

Die Broschüre ist zum Preise von 3 Mark von der Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten G. m. b. H. (Viva), Berlin, Wallstraße 17, zu beziehen. E. Ludwig.